

# Württembergscher Volksbote.

## Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

(Telephon Nr. 926.

Der „Württembergsche Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis wöchentlich Mr. 1,60. Monatlich 55 Pf. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierseitige Zeitung oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Insätze für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 287.

Montag den 8. Dezember 1901.

8. Jahrgang.

Hierzu zwei Beilagen und „Die Neue Welt“.

### Deutscher Reichstag.\*

(Originalbericht des „Württ. Volksbotes.“)

Berlin, den 6. Dezember 1901.

Im Reichstag ging heute die Debatte über den Zolltarif-Entwurf weiter. Der fünfte Tag, dem voraussichtlich noch weitere fünf Berathungstage folgen werden, war der bisher ruhigste. Er verlief ohne jede Aufregung. Nach dem Sturm von gestern war allgemein keine Stimmung für neue starke Explosionen vorhanden. Eine lange Rede des bayerischen Zentrumsbürgers Speck leitete die heutigen Verhandlungen ein. Herr Speck ist Zollbeamter, er hat sich von Berufswegen mit der Erhebung der Zölle zu beschäftigen, und die Liebe zu seinem Beruf scheint er auch aufs politische Gebiet zu übertragen. Er hielt eine recht agrarisch gefärbte Rede, sprach sich durchaus für die hohen Zollsätze des Tariffs aus und polemisierte des Längen und Breiten gegen die Sozialdemokratie, speziell gegen unsere Redner Moltke und Bebel. Die Temperamentlosigkeit des Vortragenden verhinderte jede größere Wirkung seiner Ausführung. Aber es soll Herrn Speck zugegeben werden, er ist in der Polemik ein ganz höflicher Mann, er hat ein „einnehmendes Lächeln“. Nach dem bayerischen Abgeordneten sprach ein bayerischer Minister, Herr von Riedel. Der alte Herr mit grauem Haupthaar und dem nicht minder grauen, großen Schnauzbart; er unternahm die schwierige Sache, beweisen zu wollen, daß für die große Masse der Industriearbeiter und ihre Lebenshaltung aus der Zollerhöhung kein Schaden erwachsen werde. Die Aufgabe war für ihn um so schwieriger und unangenehmer, als der alte Herr ja schon lange Jahre Minister ist und schon vor neun Jahren die Zollberathung mitgemacht hat. Während er damals den Kurs Caprivi-Marschall mitsteuerte, zeigte er heute, daß er auch anders kann. Für ihn ist der neue Tarif kein Hungertarif, sondern gibt die mittlere Linie an, auf der alle widerstreitenden Interessen sich vereinigen können. Nur vor Überspannung des Bogens durch die Agrarier warnte er, aber mit ganz feinlauter Stimme. Er liebt das Bier, das gute und billige Bier, und bekämpft etwas energischer die von den bayerischen Bauern verlangte Erhöhung des Gersten- und Hopfenzolles.

Aus dem Hause kam dann der süddeutsche Volksparteier Payer zu Wort. Er gehört ja zu den Demokraten alten Schlages, er ist ein prinzipieller Gegner der Getreidezölle, aber seine Position ist ihm erschwert, denn selbst in dieser radikal-bürgerlichen Partei haben sich Elemente festgesetzt, die von den Heilsverheißungen des Bundes der Landwirthe betört, ins Lager der Brodvertheuer abgeschwenkt sind. Payer hatte einige recht wirkungsvolle Momente, als er gegen den preußischen Finanzminister polemisierte und unsern Redner Bebel in seinen Ausführungen über Revolution und Aufruhr bestritt. Festgestellt sei, daß der Redner für seine Parteifreunde im Reichstage Einmündigkeit in der Abwehr nicht nur der Minimalzölle, sondern jeder Zollerhöhung für Getreide proklamieren konnte. Dem Württembergischen Kammerpräsidenten folgte der württembergische Ministerpräsident Bischel. Die Rede des schwäbischen Regierungsvorstehers machte ein gewisses Aufsehen. Auf der Rechten hörte man sie erstaunt an, auf der Linken wurde sie mit vielen Zustimmungsrufen begleitet. Herr Bischel machte nämlich den Zollgegnern ganz bedeutsame Konzessionen, man merkte ihm an, wie schweren Herzens sich die Regierung Württembergs ins agrarische Fahrwasser hat drängen lassen. Recht unvermittelt aber kam er zum Schluß, der gar nicht zu den voraufgegangenen Ausführungen passte. Nämlich auch er bezeichnete schließlich den Entwurf als die gute mittlere Linie, auf der sich all die widerstreitenden Interessen finden könnten.

Der letzte Redner war der nationalliberale Herr Heyl v. Herrnsheim, der Lederkönig von Worms. Er handelte mit unseren Genossen an und suchte unsern Parteifreund Calwer gegen das Gros der Fraktion auszuspielen. Wir wissen, daß Calwer eine ganz vereinzelte Stellung bei uns in Zollfragen einnimmt. Wenn er aber auch Amerika die Meistbegünstigung versagen will, so will er doch als Aequivalent eine große mitteldeutsche Zollunion und ist mit den Hochschulzöllnern wie Heyl und Genossen absolut in diesen Dingen nicht zu identifizieren. Herr Heyl erklärte sich mit allen seinen großindustriellen Freunden für den Doppeltarif. Dieser hat also im Reichstag viel mehr Freunde, als man nach den Preßpolemiken annehmen müßte. Morgen geht die Debatte weiter.

106. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Graf von Posadowsky, Möller, bayr. Finanzminister v. Riedel.

Eingegangen ist der Reichshandelsrat.

Die erste Lesung der Zolltarifvorlage wird fortgezett.

\* Der Bericht über die sessionellen Verhandlungen am Donnerstag befindet sich in der ersten Beilage. Red.

Spec (B.): Die Tarifvorlage ist begründet auf die Ansprüche unserer Landwirtschaft und Industrie auf höhere Schutzzölle. Abg. Spahn wird kaum im Stande sein, alle einzelnen Industriezweige beurtheilen zu können. Die Notlage der Landwirtschaft ist auch im Verein für Sozialpolitik in München ausdrücklich anerkannt worden. Die technischen Fortschritte haben die Produktionskosten der Landwirtschaft enorm gestiegen. Das Wohl des Vaterlandes steht mit dem Blühen der Landwirtschaft in engstem Zusammenhang. Die Hauptursache des Notstandes ist die, daß die Bauern keinen Abzug im Innland haben. Seit 1892 ist die Einführung von ausländischem Getreide ganz ungewöhnlich gestiegen. Wenn man freie Entwicklung für die Landwirtschaft fordert, muß man sie auch für die Industrie wollen. Den Haupttheil der Zollerhöhung wird das Ausland tragen, einen weiteren der Zwischenhandel und nur einen geringen die Konsumenten. Nur bei Migranten würden die Lebensmittelkreise stark erhöht werden. Wir wollen nicht die industrielle Entwicklung aufhalten, sondern nur verhindern, daß sie in demselben Maße weiter fortschreitet, wie bisher. Eine solche Entwicklung liegt freilich nicht im Interesse der Sozialdemokratie, denn bei einem guten Bauernstand blüht ihr Weizen freilich nicht. Der deutsche Bauer ist und bleibt konservativ. Herr Bebel warf uns Klassenegoismus vor, das Schützen des Klassenegoismus ist aber gerade die vornehmste Aufgabe der Sozialdemokratie. In Löbeck sprach Herr Bebel, daß man alle Macht ausspielen müsse, um diesen Tarif zu Zoll zu bringen, selbst durch Aufhebung der Miete. Ich vermute bei der Linken den Zusammenhang zwischen Reden und Thun. In Bayern hat Herr v. Böllmer eine Umlage auf Lebensmittel als etwas Selbstverständliches hingenommen und auch in Frankreich hat Millerand noch keine Schritte zur Aufhebung der Schutzzölle gethan. Die Herren wünschen eine Auflösung des Reichstags. Nun 1898 haben sie das Menschenmöglichste geleistet und einen Reichstag erhalten, der in seiner großen Mehrheit für eine Erhöhung der Zölle ist. (Zuruf b. d. Soz.: Wahlkreiseintheilung.) Dr. Dade, den Abg. Richter als die rechte des Großen Schwerin bezeichnet hat, ist der Meinung, daß die landwirtschaftliche Produktion um 50–100 Proz. gesteigert werden kann. Ich komme zur Wirkung der Zölle auf die Brodprefise. In dem Bericht des sozialdemokratischen Konsumvereins Leipzig-Pawlitz heißt es, daß infolge der niedrigen Mehlprefise die Bäckerei besonders günstig gearbeitet habe. Das Umlaufkapital konnte mit 20 Prozent verzinst werden. Wenn es Ihr (zu den Soz.) Bestreben ist, dem kleinen Mann das Brot zu verbilligen, warum geben Sie 20 Proz. Zinsen? (Zuruf bei den Soz.: Diese bekommt ja der kleine Mann.) Die Sozialdemokratie hält die Wirkung erhöhter Getreideprefise für eine revolutionäre. Nun geben Sie (zu den Soz.) mir doch höhere Schutzzölle, so werden Sie Ihr Ziel ja viel eher erreichen. (Sehr gut! rechts.) Vielleicht mäusert sich die Herren von der äußersten Linken noch zu extremen Schutzzöllen, sodaß wir Ihnen haben, ihrer Schätzlinien Bügel anzulegen. (Lachen links.) Auch wir wollen Handelsverträge, aber ich halte es für ungültig, vor aller Welt zu erklären, wir müssen unter allen Umständen Handelsverträge haben. Die Frage der Minimalzölle muß in der Kommission eingehend erörtert werden. Für uns Bayern ist besonders ein Hopfen- und Gerstenzoll eine dringende Notwendigkeit. Wir werden mit allen Mitteln darnach trachten, einen Zolltarif zu Stande zu bringen, der die Wünsche der Landwirtschaft gebührend berücksichtigt. Weil wir einen starken Bauernstand haben, deshalb haben wir einen so hochstehenden Arbeitersstand. (Lebhafte Beifall rechts und im Zentrum).

Bayer. Finanzminister Fr. v. Riedel: Der Entwurf ist von allen Einzelregierungen gebilligt worden. Wir haben, um eine befriedigende Neuordnung unserer Zollverhältnisse zu Stande zu bringen, eine Mittellinie innegehalten. Man könnte nun freilich sagen: in Prinzipienfragen gibt es keine Mittellinie; das hat etwas für sich. Aber im praktischen Leben sieht die Sache doch anders aus. Wir haben Ihnen daher die Vorschläge gemacht, die wir für das allgemeine Wohl für die besten halten. Herr Bebel hat von den Schädern gesprochen, die dieser Entwurf den Arbeitern bringt. Glauben Sie denn, daß die Sicherung der Existenz unserer Arbeiter ein Gegenstand staatlicher Fürsorge ist? Es ist aber eine Thatfrage, daß nicht nur die Großgrundbesitzer, sondern auch die mittleren und kleinen Besitzer unter denjenigen, die Gesetzgebung vielfach zu leiden gehabt haben. (Sehr richtig! rechts.) Die verbündeten Regierungen und besonders die bayerische Regierung sind deshalb der Meinung, daß etwas für die Landwirtschaft geschehen muß. Ich erkläre mich aber ausdrücklich einverstanden mit der Erklärung des Herrn Reichskanzlers, daß der Entwurf nicht eine Abwendung von der Politik der Tarifverträge bedeutet. Die Erhöhung der Tarifpositionen ist ein Akt der Klingheit und Selbstherhaltung und nicht die Vorbereitung zu einem Kuhhandel, wie Abg. Richter erklärt. Allerdings muß man Vorsicht walten lassen, denn gegen zu hohe Getreidezölle bestehen vom Standpunkte der Brotsernährung schwere Bedenken. Solche Zölle würden auch der Landwirtschaft nichts nützen. Es wäre bedenklich, den Bogen zu straff zu spannen. Die gestrigen Ausführungen des Abg. Richter waren nicht überall zutreffend, aber zweifellos ist, daß man mit bayerischer Größe das beste Bier der Welt braut. (Auffassung und Heiterkeit.) Die Hauptfrage ist, um welche Zollverhältnisse möglichst bald auf Grund des Entwurfs definitiv zum Abschluß zu bringen. Der Abg. Bebel hat gestern die schweren Folgen der gegenwärtigen Krise erwähnt. Die bestehende Krise ist die heilige Reaktion auf eine vorangegangene recht ungeheure Aktion. (Auffassung rechts.) Gegenüber der von einigen Abgeordneten geäußerten grünfärbenen Auffassung, die Beratungen des Reichstages zu verzögern, halte ich und wünsche ich, daß die Mehrheit dieses hohen Hauses im Verein mit den verbündeten Regierungen energisch dahin wirken werden, daß Deutschland in seiner wirtschaftlichen Lage stark und gefestigt bleibe zum Besten aller seiner Angehörigen ohne Angst auf Stand und Dauer. (Lebhafte Beifall rechts.) Der Reichskanzler, der während der Rede erschienen ist, schüttelt dem Redner die Hand.

Heyl (südd. Sp.): Im Namen meiner politischen Freunde erkläre ich, daß wir gegen jede Erhöhung der Getreidezölle einmütig stimmen werden. (Rufe rechts.) Auch Herr Augst? Um

im Bilde des Herrn Reichskanzlers zu bleiben, meine ich, der Haie wird so laufen, daß der Entwurf einer Mehrheit in diesem Hause sicher ist. Der preußische Finanzminister hat uns gestern ein wenig in die Karten der Regierung gucken lassen. Er wundert sich, daß die Vorlage einen solchen Sturm der Entfaltung hervorgerufen hat. Es ist doch aber klar, daß der Widerstand gegen die Vorlage in demselben Maße wächst, in welchem die Zölle gegen den bisherigen Stand erhöht werden sollen. Wie ist denn überhaupt der Feldzugsplan der Regierung? Führ. v. Rheinbaben und Graf Posadowsky geben zu, daß wohl noch etwas von den Sätzen abhandelt werden würde. Das ist doch eine zu unschuldige Tälfte. (Sehr richtig! links.) Die Regierung hätte ihre Aufmerksamkeit hauptsächlich auf die Wirkung der Zölle auf das innere Leben des Volkes berücksichtigen sollen. Die Kunst, mit der wir neuwärts regiert werden, ist überhaupt keine sehr große. (Sehr richtig! links.) Man verfügt sogar rein sachliche Fragen diplomatisch zu behandeln. Herr von Rheinbaben hat behauptet, wegen des 5 Mark-Zolls hätte sich der Wohlstand in Deutschland gehoben. Kann er das bezeichnen? Ja, behauptet, daß sich der Wohlstand trotz des 5 Mark-Zolls gehoben hat und ziehe daraus die Folgerung, daß man den Zoll noch weiter ermäßigen und nicht erhöhen müsse. Die mittlere Linie, von der Herr Riedel sprach, sollte sich nicht zwischen dem bestehenden Zoll und den extremen Forderungen der Agrarier bewegen, sondern zwischen dem Zoll von 3,50 Mark und gar keinen Zoll. (Sehr richtig! links.) Wer trägt denn überhaupt den Zoll? Man hat behauptet, die Getreidehändler und Bäder. Das ist aber ganz falsch. Die Mehrbelastung durch den Zoll beträgt 300 Mill. Mark und soviel Einkommen haben alle Bäder Deutschlands zusammengebracht nicht. Wenn Herr v. Rheinbaben darauf hingewiesen hat, daß die preußischen Provinzen besondere Opfer zu bringen gebracht hätten, so sage ich ihm, daß das nicht bloß die Offiziere, sondern auch die Mannschaften gehabt haben und für die Enkel dieser ist es ein sehr schlechter Draht, wenn man ihnen den Brodkorb höher hängt mit der Begründung, daß die Enkel jener Offiziere jetzt belohnt werden. Die Notlage der Großgrundbesitzer erachtet wir nicht für allgemein, daß wir deshalb zu einem so verzweifelten Mittel greifen sollten. Durch das Bestehenlassen eines 3 Mark-Zolls haben wir eine gewisse Not der Landwirtschaft anerkannt. Auch der Landtag hilft dieser, aber die Freiheit von der alleinheilenden Kraft der Zollerhöhung hat sie gegen jede andere Hilfe apathisch gemacht. Hente leidet nicht nur die Großgrundbesitzer, in den letzten Monaten sind ungeheure Vermögen verloren gegangen, ohne Verlusten einzelner. Wir müssen es ablehnen, der Landwirtschaft mit Mitteln zu helfen, die die Gesamtheit aufs Schwerste belasten. Dieselben Ansprüche können alle anderen auch erheben, dann müßten aber die Landwirthe noch zu zahlen, weil sie im Welt hoffnungslos über dem Durchschnitt stehen. Die ganze Entwicklung unseres Erwerbslebens würde den Großgrundbesitzern, auch wenn man ihre Forderungen bestreite, gar nicht gestatten, zufrieden zu sein. Nichts ist so geeignet, eine Erhöhung der Bevölkerung hervorzurufen, als wenn man künftig ihre notwendigsten Lebensmittel verschärft. (Sehr gut! links.) Auch beim bürgerlichen Mittelstand würde durch ein fühlbares Hinauströmen der Güterpreise die Schulden der Bäder heimgesucht werden an unschuldigen Kindern. — Die Viehzölle schaden am meisten den Viehzüchtern. Unsere Viehwirtschaft braucht keine höheren Viehzölle, sondern mehr Fleischfresser; angebliche Vortheile sind Nutzlosigkeit! Der Industrie wollen wir keineswegs ihren Schutz entziehen. Die im Zentralverband zusammengeschafften Industrien sind aber so stark, daß sie jede Konkurrenz aus eigener Kraft extrahieren können. Diese Industrien verlangen mit ganz außerordentlichem Egoismus die Garantie einer Miete auf Kosten der Allgemeinheit. Oft führt man für die Zollerhöhungen an, daß sie der Bevölkerung Steuern ersparen. Das trifft in sparsamen Staaten vielleicht zu, für uns werden nur noch mehr Ausgaben entstehen. Wenn man unter Patriotismus jene Überzeugung versteht, die zu Gunsten der Allgemeinheit Gut und Blut opfert, dann sind die Konkurrenten und nicht die Produzenten, die die Opfer jener in die eigne Tasche stecken, die Patrioten. Wenn der Reichskanzler auch diese Seite der Sache gewidmet haben wird, dann erst wird er von sich sagen können, daß er seine Schuldigkeit voll gethan habe. (Lebhafte Beifall links.)

Württembergischer Ministerpräsident Dr. v. Pischedel: Wir haben in Süddeutschland und speziell in Württemberg wesentlich andere wirtschaftliche Verhältnisse als im übrigen Deutschland. Württemberg ist in der Entwicklung vom Agrar zum Industriestaat noch nicht so weit vorgeschritten, wie der Durchschnitt des Reiches und wir haben deshalb die Pflicht, uns der Landwirtschaft ganz besonders anzunehmen. Wenn die Hälfte der Bevölkerung in einer Notlage sich befindet, so muß dadurch das Ganze leiden. Abg. Bebel hat als Beweis für eine günstige Lage der Landwirtschaft die Vermehrung der landwirtschaftlichen, selbständigen Betriebe von 1882 bis 1895 angeführt. Man muß dabei aber auch die Zunahme der Bevölkerung, das Erhöhungsgesetz und andere Faktoren in Betracht ziehen. In Württemberg ist überdies die Zahl solcher Betriebe zurückgegangen. Redner weiß daran außer wiederholtem „Sehr richtig“ der Linken noch, daß in Württemberg überwiegend kleine und mittlere Bauerngüter existieren. Ich muß zugeben, daß auf der Behauptung, der kleine und mittlere Bauer hätte kein Interesse an der Erhöhung der Zölle, etwas Zweckes in Hör! Hör! links) aber indirekt hat auch der kleine Mann von erhöhten Getreidezöllen Gewinn. (Aha! links.) Es ist ihm doch daran gelegen, daß der Kapitalwert seines Grundstücks erhalten bleibt und ihm seine Hypotheken nicht gefährdet werden. Zugesehen muß werden, daß eine Erhöhung der Getreidezölle auch eine Steigerung der Brotprefise zur Folge hat. (Hör! Hör! links.) Den Konkurrenten werden allerdings gewisse Opfer auferlegt. (Sehr richtig! links) und die Konkurrenten, die die Opfer tragen, befinden sich keineswegs in einer glücklicheren Lage als die Landwirtschaft (Hör! Hör! links). Württemberg ist auch kein Land, das seinen Getreidebedarf selbst herbringen kann, sondern ist auf den Import angewiesen. Direkt kommen der Landwirtschaft also die Zölle nicht zu Gute, aber indirekt durch die höheren Preise. Nichts ist allerdings, daß unsere Landwirtschaft 55,8 Proz. ihrer Erträge aus der Viehwirtschaft und nur 19,6 Proz. aus dem Verkauf ihres

Gehobes beziehen. Diese Erwagungen zwingen und bei der Festlegung der Höhe der Zölle, besondere Vorsicht walten zu lassen. Wir müssen also einerseits Rücksicht nehmen auf die Notlage unserer Landwirtschaft, andererseits auf die Möglichkeit zu Handelsverträgen zu kommen, denn diejenigen sind unbedingt nötig im Interesse des sozialen Friedens. Die Säke des vorliegenden Tariffs finden wir nicht zu hoch. Die Konsumenten haben doch auch ein großes Interesse an der Kaufkraft der Landwirtschaft. Im württembergischen Landtag haben sich ein Viertel der Abgeordneten der Volkspartei für eine wesentliche Erhöhung der Getreidezölle ausgesprochen. (Hört, hört! rechts.) Gegen eine weitere Erhöhung der Säke des Tarifs müssen wir vom politischen, sozialen und wirtschaftlichen Standpunkt aus unsere ernstesten Bedenken äußern. (Beifall.)

Fehr. Heyl zu Herrenheim (N.): Die württembergischen Verhältnisse sind für andere Staaten nicht maßgebend. Es hat mich gewundert, daß in der Diskussion noch nicht die Verhandlungen des sozialdemokratischen Parteitags in Mainz gestreift worden sind. Dort ist beschlossen, sämtliche Zölle abzuschaffen; einen solchen Antrag habe ich aber noch nicht gehört. Die Herren haben ja bereits für den Zoll gestimmt. (Singer: Um Schimmers zu verhindern.)

Bas. Graf Ballerstrem: Herr Singer, Sie kommen ja noch zum Wort. (Heiterkeit.)

Fehr. Heyl zu Herrenheim (fortfahren): Nach meiner Meinung haben sich die sozialdemokratischen Abgeordneten gegen den Mainzer Beschuß vergangen. (Auf links: Unruhe.) Herr Bebel sorgte gestern, in Deutschland gäbe es zwei Nationen, die der Arbeiter und die der Ausgebauten. Ich möchte sagen: In der Sozialdemokratie gibt es zwei Nationen, die Handarbeiter, die in Parteibürgern viel mehr zählen, als sie durch die Zölle belastet würden (Widerspruch bei den Soz.) und die Adademiker, gegen die sich ja schon Wissensmünze in den Reihen der Arbeiter fund gibt. Von den zehn Millionen Industriearbeitern sind übrigens nur 2 Millionen Sozialdemokraten, die übrigen acht Millionen vertreten wir. (Lachen bei den Sozialdem.) Auf dem Mainzer Parteitag hat Kollege Galmer ein Referat gehalten und hat in dem Referat ja ziemlich das Gegenteil von dem gesagt, was Herr Bebel hier ausgeführt hat. Außerdem verließ diesen Stellen aus dem Referat, in welchen sich Galmer gegen die Gewährung der Preisbegünstigung an Amerika aussprach und die Beantwortung aufstellt, daß die 215 Millionen, welche an Zöllen in Amerika für deutsche Fabrikprodukte erhoben werden, von den deutschen Fabrikanten getragen und von diesen auf die Arbeiter abgewälzt werden. Weiter erklärt Galmer, die Arbeiter sollten sich nicht einzig auf den Konsumenstandpunkt, sondern auch auf den Standpunkt des Arbeiters als Produzenten stellen. Stimmt das etwa überein mit dem Standpunkt des Abg. Bebel? (Feder vor, das hier Abg. Galmer gezeigt hat, unterschreibe ich, denn ich als Industrieller muß die Zölle für die amerikanischen Verläufe zahlen. Ebenso wird es vielen anderen Industriezweigen gehen. In der letzten Nummer der "Sozialistischen Monatshefte" stellt Herr Galmer fest, daß die Löhne der Konfektionsarbeiterinnen infolge der amerikanischen Konturzoll von 2,50 Mt. auf 1,50 Mt. gesunken sind. (Hört! hört! rechts) Wenn wir für diesen schwergedrückten Staub-Borger treffen, so kann uns Herr Bebel doch nicht als Unbrauter bezeichnen. — Da meiner Fraktion treten hämische Großindustrielle einstimmig für eine Bindung der Getreidezölle durch Minimabsätze ein. (Lebh. Beifall rechts.) Am besten wäre es, wenn überhaupt ein Minimal- und Maximalsatz durchgeführt werden würde. Auf sehr wichtige Produkte erheben Amerika, Russland und Frankreich erheblich höhere Zölle als unser neuer Tarif. Der Zoll an Eisen ist um 570 Proz. höher in Amerika als bei uns, Eisenbehälter werden in Frankreich um 127 Proz., in England um 376 Proz., in Amerika nur 161 Proz. höher belastet als bei uns. (Hört! hört! b. d. Rat. 12.) Auf dem national-liberalen Parteitag 1898 hat Herr Möller unter allgemeiner Zustimmung die Abschaffung der Preisbegünstigungsverträge mit überzeugender Räuber verlangt. Ich hoffe, daß er in der Kommission in dieser Richtung thätig sein wird. — Die Geschichte der handelspolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika ist eine Seite von Deutlichkeiten für Deutschland. (Sehr richtig! b. d. Rat. 12.) Deutschland erlaubt das Schwermetallfuhrverbot, Amerika verlangt seine Anhebung und bietet ein Freihandelsabkommen. Deutschland erklärt sich zur Anhebung bereit, obwohl die Preisbeziehungen wethios ist, verlangt aber für seinen Bader Zollfreiheit. Dass Herrn Bebels Rede auf die Arbeiter einen großen Einfluß machen wird, glaube ich nicht. Die rheinischen Arbeiter wenigstens wissen, daß die Stadtpreise zur Zeit des 5-Markzolls billiger waren, als in den letzten Jahren. Ich kann nicht glauben, daß die Dringungen des Herrn Bebel mit Rücksicht, Rivalität usw. besonders stark gemeint war und daß intelligente Arbeiter, die sich empfänglich mit diesen Dingen beschäftigen, sich von solchen Reden verleiten lassen. Ich glaube, die Arbeiter werden lieber eine starke deutsche Industrie haben, als daß sie Millionen an Amerika und Argentinien zahlen. (Lebhafte Bravo! b. d. Rat. 12.)

Hierzu vertritt sich das Hans.

Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. (Rechenschaften, kleinere Vorlagen, Fortsetzung der ersten Beratung des Zolltarifgesetzes.) Schluß 6 Uhr.

## Wien und Nachbargebiete.

Sonnabend, den 7. Dezember.

Die Rache des Unternehmers. In der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft wurden am Freitag Abend 40 bis 45 Arbeiter, Schlosser usw. angeblich wegen Mangels an Arbeit entlassen. Ein Theil dieser Leute ist bereits 15, 14, und 13 Jahre dort beschäftigt gewesen. Fest hat man sie entlassen und die jüngeren Leute, die theoretisch erst ganz kurze Zeit dort in Tätigkeit waren, sind geflüchtet. Auffällig ist es, daß die Entlassenen mit zu denjenigen gehörten, welche bis die Rache der Arbeiter gegenüber dem Unternehmersum vertreten haben und die zum Theil mit an ersten Stellen innerhalb ihrer Organisation standen resp. noch stehen. Das ist die Rache des Unternehmers!

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die entlassenen Arbeiter noch rechtlich 14 Tage genügend Arbeit hatten. Sie haben zum Theil die eben begonnene Arbeit unvollendet liegen lassen müssen. Das ist das Brachialitätsgesetz der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft. Das ist die praktische Bewirkung der alten Blauei: "Sie sind auf Erdem und den Menschen ein Wahlgelassen!" Das Unternehmersum triumphiert. Nur gewahrt, ihr Herren, nach dieser Zeit folgt eine andere. Dann werden die Arbeiter den Herren schon die richtige Antwort auf ihr letztes Vorgehen erhalten.

Die neuesten Schäfflinge des Amtsblattes sind nunmehr die Hamburger Akademiker, die das Blatt liebend unter seine schützenden Füße nimmt. Dieser Fall lebt abermal, wie sie das Amtsblatt und mit ihm die nationalliberalen Partei bereits gesagt ist. Leute, die aus anderen Parteien hinausgeschieden wurden, nimmt diese Partei mit offenen Armen auf. Wir ziehen es eingedenk des bekannten Satzes: "Wer Pech angreift, befindet sich vor, nicht weiter auf die Bühne gewünscht. Dieser kann nicht eintreten. Einem Eindringling, können aber nicht helfen, dem Mordstod und der von ihm herreichen Partei entsprechendes unerhörtes Zuhören zu gestatten. Es ist

nur jammereschade, daß das Amtsblatt nicht Publikationsorgan der "Freien Vereinigung" werden kann, dann stände es bei nahe auf der Höhe der Zeit."

Einen guten Verlauf verspricht das vom Gewerkschafts-Kartell in Verbindung mit Direktor Voß von der Megalograph-Gesellschaft arrangierte Fest, welches am Montag Abend im großen Saale des Vereinshauses in Scence geht, zu nehmen. Herr Voß wird eine Reihe lebender Personenphotographien, welche durch aktuelle Neuheiten ergänzt sind, vorführen. Außerdem werden einige auswärtige Gefangene auftreten. Da der Preis von 20 Pf. für das Gebotene ein bescheidener zu nennen ist, so dürfte der Besuch ein zahlreicher werden. Karten sind an den bekannten Stellen zu haben.

Arbeiterrisiko. Auf dem Holzlagerplatz von Gössmann an u. f. fürgens kam Freitag Vormittag der Arbeiter Hecht von Wilhelmshöhe dadurch zu Schaden, daß er von der Stellage herabfiel, wobei er sich einen Bruch der rechten Armes zuzog. Er mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben.

Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde. Die letzte Monatsversammlung am Donnerstag Abend erfreute sich wiederum eines recht zahlreichen Besuchs. Am Eingang der Versammlung machte Herr Dr. Schlüter einige Mittheilungen über Diphtherie, welche mit lebhaftem Interesse aufgenommen wurden. Als Vortragender sprach der zweite Vorsitzende, Herr H. Satow, aus Anlaß des 50jährigen Todesstages am 28. November über den Bahnbrecher und Pfadfinder der Bewegung, Vinzenz Priesnitz. Seine instruktiven Darlegungen wurden von allen Anwesenden mit großer Aufmerksamkeit aufgenommen. Der Persönlichkeit Vinzenz Priesnitz wurde der Vortragende in seinen Ausführungen in überzeuglicher Weise gerecht. An das Lebensbild Vinzenz Priesnitz schloß sich eine Schilderung der allmählichen Entwicklung der Anstalten, aus dem Gräbenberge, eine kurze Zusammenstellung der Krankheits-theorien Priesnitz', und im Schlüßteil eine Würdigung der Persönlichkeit des Mannes. Die beiden andern Punkte der Tagesordnung wurden rasch erledigt. Für das Stiftungsfest genehmigte die Versammlung ohne weiteres die Vorschläge des Vorstandes. Am Dienstag, den 10. Dezember, spricht Herr Dr. Schlüter über: "Das Jahr und seine Erfahrungen."

Schöffengericht. Wegen mangels in der Beweise freigesprochen wurde der Feuerwerker H. Derselbe betrieb mit dem Böttcher F. ein Kompaniegeschäft, das jedoch sehr sonderbarer Art gewesen zu sein scheint. Der Angeklagte hat dann nach erstatteter Anzeige des F. mehrere Beträge, 3 Mt. und 1,40 Mt., einkassiert und dieselben, anstatt sie der gemeinschaftlichen Kasse zuzuführen, für sich verwandt. Außerdem soll er 40 Pfsg., die ihm von F. zum Kauf eines Stemmeisen gegeben worden sind, für sich verbraucht haben. Der Angeklagte bestritt, sich der ihm zur Last gelegten Straftaten schuldig gemacht zu haben. Durch die Zeugenvernehmung konnte kein klares Bild von der Sache gewonnen werden, sodass selbst der Staatsanwalt wegen mangelnder Beweise Freisprechung beantragte. Das Gericht schloss sich diesem Antrage an. — Die heure Fenster-scheiben. Der Arbeiter R. war des Hausschreibensbruchs und der Sachbeschädigung angeklagt. Anlässlich einer schwedenden Differenz begab sich der Angeklagte zu dem Schuhmachermeister B., wurde hier jedoch, da er ziemlich erregt war, aufgefordert, das Haus zu verlassen. Dieser Aufforderung leistete er keine Folge, bis er dann schließlich von B. zur Thür hinausgedrängt wurde. In seinem Verger hierüber schlug er mit der Faust 3 Fensterscheiben im Werthe von 2,40 Mt. ein. Dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend erkannte das Gericht auf insgesamt 45 Mt. Geldstrafe ev. 15 Tage Gefängnis. — Lebensschicksale. Der jetzige Arbeiter, früherer Handlungsgehilfe C. wurde am Donnerstag Morgen kurz nach 8 Uhr aus dem Werk- und Zuchthause zu St. Annen, wo er eine dreiwöchentliche Haftstrafe verfügt hatte, entlassen. Bereits um 10<sup>1/2</sup> Uhr wurde er wieder verhaftet und zwar wegen Betteln. Aus der Verhandlung ergibt sich, daß der Angeklagte seinen Geburtsort nicht kennt. Nachdem er ausgelernt hatte, kam er nach verschiedenen Städten, bis er Ausgang der siebziger Jahre zum Militär kam. Hier brachte er es zum Unteroffizier, in dieser Eigenschaft aber ließ er sich eine Nebettretung der Dienstzeit zu Schulden kommen. Aus Furcht vor Strafe floh er, wurde jedoch in Holland ergreifen. Die Folge war seine Verurtheilung zu 5 Monaten Festung. Von nun ab ging es weiter bergab mit dem Angeklagten; vor dem Arbeitshaus über hat er sich stets bewegt. Der Angeklagte führt zu seiner Entschuldigung an, daß seine Schuhe total durchlöchert waren und er sich aus diesem Grunde ein paar Schuhe geholt habe. Der Staatsanwalt vertrat die Meinung, daß der Angeklagte durch widerige Umstände auf diese Bahn gedrängt worden wäre, deshalb sei wohl noch einmal vom Arbeitshaus Abstand zu nehmen; im Übrigen beantragte er 4 Wochen Haft, welchem Urteil sich das Gericht auch anschloß.

Stadt-Theater. Aus dem Theaterkram schreibt man aus: Sonntag Nachmittag gelangt die 9. Fremden-Vorstellung bei Schauspielerei zum dritten Male "Die grösste Sünde", Schauspiel in 5 Akten von Otto Ernst zur Aufführung. Die Abend-Vorstellung bringt "Wirth", 1870er Aufführungen von Georg v. Oppeko; hierzu zum letzten Male "Dorfkrieg" in der Utaertel. Montag wird Herr Karl Föhr vom Hamburger Stadttheater, der zu der Königlichen Oper in Berlin engagiert worden ist, als Phoenix in "Markt" gespielt.

Titus Varieté. Am morgigen Sonntag finden wiederum zwei Vorstellungen statt. Zur die Nachmittags-Vorstellung gelten kleine Preise. Zu beiden Vorstellungen tritt das ganze Personal des neuen Spielplanes auf. Am Abend gelangt noch die Varieté "Fräulein Zange" zur Aufführung. Der Preis ist nur empfohlen werden.

Überblick über die ärztlichen Meldungen, betreffend anzueigenschaftige Krankheiten, im Monat November 1901. Es erscheinen an: Diphtherie 28, Granulose 1, Rajeta 10, Schatzloch 16 und Wochentiefen 1 Person. Hierzu vertritt noch 2 Fälle an Diphtherie und 2 an Rajeta.

Kleine polizeiliche Nachrichten. Geprägt wurde ein Einladungsergelle aus Lübeck, der seitens der Königl. Amtsverwaltung in Lübeck a. S. wegen Diebstahl polizeilich verfolgt wird. — Des weiteren wurde ein Arbeiter aus Delmenhorst geprägt, der seitens der Königl. Amtsverwaltung in Delmenhorst wegen Betruges polizeilich verfolgt wird. — Ferner wurde ein Dienstbeamter aus Kressau, der seitens der Königl. Amtsverwaltung in Lübeck a. S. wegen Diebstahl polizeilich verfolgt wird, festgenommen. — Ein Arbeiter aus Posen, der seitens der Großherzoglichen Amtsverwaltung in Posen wegen Unterschlagung polizeilich verfolgt wird, wurde ebenfalls festgenommen. — Festgenommen wurden am gestrigen Tage 13 Personen wegen Bettelns und 1 Trunkener.

Stockelsdorf. Zur Beachtung für die Parteigenossen! In folgenden Wirklichkeiten liegt der "Volksbote" aus: Mandt, Mau, Lange und Schwart in Stockelsdorf, Röhlings in Barneck, Bunt in Mori und Paetau in Fackenburg. Von diesen Wirklichkeiten geben Mau und Lange in Stockelsdorf, Paetau in Fackenburg und Bunt in Mori ihre Lokale auch zu Vermietung an. Zugleich kommt Bürger Brauer ei stellt nicht einmal, wie die Erfahrung gelehrt hat, ihr Lokal zu Gemeindebürgerversammlungen zur Verfügung. Die Parteigenossen, insbesondere die Lübecker, werden ersucht, vorstehendes zu beachten!

Stockelsdorf. Die Nationalsozialen an der Arbeit. In den letzten Tagen sind seitens der Nationalsozialen, die bekanntlich für das Fürstenthum Lübeck den Pastor Mann als Kandidaten für die nächste Reichstagswahl aufgestellt haben, an mehreren Orten öffentlich eine Versammlung abgehalten worden, in denen der Sekretär Kuhlmann aus Elze als Referent erschienen war. So fand denn auch am Freitag Abend bei Elze in Stockelsdorf eine solche Versammlung statt. Die Tagesordnung lautete: "Der Industrie-Schuhzoll und seine Folgen." Zu ca. 1 1/4 stündiger Rede entwickelte der Referent den Standpunkt seiner Partei gegenüber den Zöllen; er erklärte sich gegen eine Erhöhung derselben, trat aber im Prinzip für Zölle ein. Am Schlusse leistete sich der Referent einige schwache Angriffe gegen die Sozialdemokratie und ihr Programm. In der Diskussion trat ihm Genosse Steling aus Lübeck entgegen; derselbe ließ dem nationalsozialen Redner in längeren Ausführungen eine gründliche Abfuhr zu Theil werden. Diese Versammlung, welche von einzigen 30 Personen, von denen die Mehrzahl sich aus unseren Genossen zusammensetzte, besucht war, bedeutet eine völlige Niederlage der Nationalsozialen in Stockelsdorf. Ohne Frage werden sie jetzt eingesehen haben, daß dort die Sozialdemokratie ein festes Volkwerk bildet, in welches Freies zu legen auch selbst den Nationalsozialen nicht gelingen dürfte. Von Seiten unserer Genossen wurde anerkannt, daß bei den gegnerischen Ausführungen eine musterhafte Ruhe bewahrt, was man aber von einem Theil der anwesenden Gegner nicht behaupten konnte. Als Genosse Steling sich das "soziale Königthum" der Nationalsozialen aufs Korn nahm, fühlten sich diese Herren unter Leitung des Lehrers Müller gemüsigt, einen regelrechten Skandal zu inszenieren. Genosse Steling nörgelte diese Radikale ganz gehörig an, bis sie schließlich bei seinen weiteren Ausführungen die Thür zu ihrem Zimmer schlossen und dann dort ihren tumult fortsetzten. Ein solches unangemessenes Vertragen sieht dem Müller und seinen Genossen ähnlich, es beweist, daß seine Leute auf sehr niedrigem Niveau stehen. — Die Sozialdemokratie ist mit dem Verlauf dieser Versammlung sehr zufrieden.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. In der Nähe von Plau wurde im Holz ein bei Verwandten weilernd russischer Edelmann, der auf die Jagd gegangen war, mit einem Schuß durch den Kopf tot aufgefunden. Es ist eine Untersuchung eingeleitet. — Zwei Theilnehmer an der bekannten Köhnenhede Hochzeit wurden wegen Singens verbotener Lieder zu 100 resp. 30 Mark Geldstrafe verurtheilt. Zwei weitere Theilnehmer, die trotz ihrer Ausweisung zurückgekehrt waren, erhielten je sieben Tage Haft. So "germanisiert" man im deutscher Weise. — Den Arbeitern auf der Alsen'schen Portland-Zementfabrik wurden Lohnabzüge von 25 bis 50 Prozent gemacht, trotzdem durch Anschlag nur Abzüge bis zu 15 Prozent angekündigt waren. So nutzt das Kapital die Krise gegen die Arbeiter aus. — Das Kriegsgericht in Kiel sprach den wegen wiederholter Misshandlung eines Untergebenen angeklagten Bootsmannsmaaten frei, weil der als Zeuge vernommene Misshandelter nicht "glaubwürdig" und schon vorbestraft sei. — Die Auffichtsbehörde für die Standesämter in Hamburg hat den Antrag auf Ertheilung des Bürgerrechts an eine Frau abgelehnt. — Aus Hamburg werden 3 Unglücksfälle mit tödlichem Ausgang gemeldet: In St. Georg stirzte ein Arbeiter aus dem Fenster der dritten Etage; infolge eines Schlaganfalls stirzte eine mit Steinmachen beschäftigte Frau von der Fensterbank ins Zimmer; in St. Pauli kam eine in anderen Umständen befindliche Frau auf der Straße zu Fall; diese sowie die übrigen Verunglückten verstarben an den erlittenen Verletzungen; ferner wurde in Barmbek ein Kind zunächst von einem Radler und dann von einem Leichtenwagen überfahren und schwer verletzt. Ein Dienstmädchen geriet beim Beaufahren eines Fahrstuhles zwischen diesen und den Fußböden und erlitt schwere Verletzungen. — In Geestemünde wurde ein Arbeiter verhaftet, der seine verheirathete Tochter zu schlimmen fiktiven Verbrechen gemischaucht hat und dasselbe mit seiner jüngeren, ledigen Tochter versuchte.

Schwerin. Ein schönen und angenehmes verwickeltes arbeiterfreindlichen Wahlrechts ganz unerwarteten Sieg trugen Donnerstag unsere Genossen bei der Wahl zum Bürgerausschuss im 4. Bezirk davon. Es waren 3 Vertreter zu wählen. Aufgestellt war von sozialdemokratischer Seite nur ein Kandidat für den dritten Wahlkreis. In diesem Wahlkreis wurden 131 Stimmen abgegeben, von denen 72 von den sozialdemokratischen Kandidaten, den Tischler F. Ros, unser langjährigen Vertrauensmann, entfielen. Derselbe zieht mit Beginn des neuen Jahres als erster Sozialdemokrat in das Stadtparlament der mecklenburgischen Residenz ein. — Wir gratulieren unseren Schweriner Freunden zu ihrem Erfolg!

Niel. Vom Kommunal-Wahlrecht in Schleswig-Holstein. Die Stadt Bremen, die bisher ortsstatutarisch das kommunale Bürgerrecht von der Zahlung eines Pflichtensteuers von mindestens 6 Mt. jährlich abhängig machte, verlangt seit 1900 als eine Bedingung für das Bürgerrecht in dem geänderten Ortsstatut die Errichtung einer Stadts. Ein kommunaler Vorstand von mindestens 6 Mt. Unter Berüfung hierauf stieß der Magistrat am 30. Oktober den zu nur 4 Matz Staats-

Einkommensteuer veranlagten Bürgernacher Frahm aus der Bürgerrolle (Wählerliste). Frahm legte hiergegen vergeblich Einspruch ein und klagte sodann im Verwaltungsstreitverfahren gegen die Stadtverordneten-Versammlung. Inzwischen hatten im November 1900 die Stadtverordnetenwahlen stattgefunden, bei denen 9 Stadtverordnete gewählt wurden. Frahm sah nunmehr auch die Gültigkeit der Wahlen an, indem er geltend machte, daß die Wählerliste in Folge seiner rechtswidrigen Streichung unvollständig gewesen sei. — Der Bezirksausschuss zu Schleswig gab der Klage Frahms insoweit statt, als er die Streichung seines Namens aus der Bürgerrolle für ungerechtfertigt erklärte. Die Stadtverordnetenwahlen erachtete der Bezirksausschuss für gültig. Er führte begründet aus: § 7 der Städte-Ordnung für Schleswig-Holstein, in Verbindung mit § 76 des Einkommensteuergesetzes, mache den Erwerb des Bürgerrechts von einem Einkommen abhängig, welches, nach den Grundzügen des Einkommensteuergesetzes geschäht, einen bestimmten, im Lokalstatut näher festgesetzten Betrag erreicht, der nicht unter 600 Mark und nicht über 1500 Mark beträgt. Auch könne an seiner Stelle ein entsprechender Einkommensteuersatz für genügend erachtet werden. Es fragt sich, inwiefern dies durch § 77 des Einkommensteuergesetzes berührt werde. Es sei anzunehmen, daß in Städten, wo das Bürgerrecht an ein bestimmtes Einkommen geknüpft war, sehr wohl nach dem Inkrafttreten jenes Gesetzes ein höheres Einkommen durch Ortsstatut als Zensus festgesetzt werden könne,

Donnerstag Abend 8<sup>1/2</sup> Uhr entschließt sonst nach langem schweren Leiden die Witwe

**Marie Kruschinski, geb. Bornhoff**  
im 32. Lebensjahr, nachdem der Mann ihr vor 12 Wochen im Tode vorangegangen ist.

Tief betrauert und schwerlich vermögt von ihrer Mutter, 3 kleinen Kindern und Geschwistern.  
Die Beerdigung findet am Montag 8 Uhr von der Winkelstraße 68 aus statt.

Unserer Oma Gustav Wulf zu seinem heutigen Geburtstag ein dreifach donnerndes Hoch  
**Eine Wohnung, 1. Et. 3 Zimmer, n. Zubeh.**  
Kriegerstraße 41.

**Sauberer heizbares Logis**  
mit Morgens und Abends Kaffee  
Divekenstraße 14.

**Ein heizb. möbl. Parterre-Zimmer**  
nach vorne zu vermieten Gr. Kieku 34.

**Zum 1. Jan. e. ll. Wohnung zu verm.**  
Preis 110 M. Oberstraße 20/6.

Gesucht zu sofort event. zu Opern  
**einen Schmiedelehrling**  
**Gebr. Gädé, Schmiedestr.**

Ein guterhaltener Herren-Paletot  
billig zu verkaufen Emilienstraße 7a.

**Ein moderner Kinderwagen zu verf.**  
J. Scheel, Marienthal.

**Ein lieberlicher und ein Damenjasjet**  
zu verkaufen Schwartau Allee 32.

**Ein guterhaltener Kinderwagen**  
mit Verdeck, der Neuzeit entsprechend, zu verkaufen.  
Hundestraße 17, 1. Etg.

**Ein neues gut gearbeitetes Sopha**  
für 25 M. zu verkaufen Beckgrube 20, vort.

**Harzer Kanarien-Hähne u. Weibchen**  
billig zu verkaufen Moislinger Allee 189.

Ein runder ussb. Sophatisch und ein  
4 fl. Petroleumkocher billig zu verkaufen.  
Wiededestraße 56, 2. Etage.

**Ein Kinderwagen u. Zimmergereschirr**  
zu verkaufen Nähliches Füchtingstr. 1.

**Zu verkaufen Kanarien-Hölzer-Hähne**  
Foboniustraße 55, dort

**Ein weißes Süßen abhanden gekommen**  
Bitte abzugeben Schützenstr. 36a.

Bei hoh. Verdienst achtbare Reute zum Ver-  
dienst am Private gesucht. Näheres die Exped.  
dieses Blattes

**Gr. Tannenbäume**  
für Vereine sowie auch klein  
empfiehlt in großer Auswahl

**Gastwirth Reemer,**  
Zweite Wallstraße 33.

**Zu Weihnachten**  
empfiehlt mich zum

**Binden von Kränzen und Girlanden**  
und bitte alle meine werten Kunden um recht  
zeitige Bestellung. Hochachtungsvoll

Minna Nittscher, Glockengiesserstr. 31.

**Zur Kugelwafferei empfiehlt:**

**Lanschen Kuchensyrup Mfd. 30.**  
bestes Weizenmehl Mfd. 14 M.

**Mandeln, Sucade, Orangeat,**  
Käsen- und Würschmässer

und sämtliche Gewürze.

**Carl Hering, Regierungstr. 37.**

naturlich immer nur im Rahmen des § 7 der schleswig-holsteinischen Städteordnung. Wo aber ein Satzessus von 6 M. Klassensteuer bestanden habe, da trete nach § 77 des Einkommensteuergesetzes an Stelle dieses Satzes ohne Weiteres der Einkommensteuersatz von 4 M., und dieser könne nachträglich nicht erhöht werden. Die Festsetzung eines Sechs-Mark-Satzes in dem neueren Statut sei deshalb rechtswidrig. Da der Kläger aber zu 4 M. veranlagt gewesen sei, so hätte er nicht aus der Bürgerrolle gestrichen werden dürfen. Dessenungeachtet seien aber die Wahlen rechtsgültig, denn für diese sei die Wählerliste maßgebend, wie sie zur Zeit sei. Die Gültigkeit der Wahlen werde nicht dadurch beeinträchtigt, daß eine Person nicht mitwirken könnte, deren Wahlberechtigung erst nach der Wahl endgültig festgestellt worden sei. — Diese Entscheidung hat jetzt das Ober-Verwaltungsgericht im vollen Umfang bestätigt, indem es die Berufungen beider Parteien abwies.

**Oldenburg.** Mit dem Lotteriespiel in Oldenburg wird sich demnächst der Landtag beschäftigen. Bislang sind in Oldenburg alle staatlichen Lotterien zugelassen. Das soll in Zukunft anders werden. In der Begründung wird gefagt, daß man eine eigene Lotterie nicht errichten wolle, theils wegen der erheblichen wirtschaftlichen und ethischen Bedenken, welche einer Vermehrung der vorhandenen Lotterien entgegenstehen, theils weil die Errichtung bei den vielen bestehenden Lotterien ein bedenkliches Risiko

für die Staatsfinanzen bedeute. Diese Bedenken seien um so schwerwiegender, als jede sichere Grundlage für die Beurtheilung des Umfangs des Lotteriespiels fehle. Die Vorlage beabsichtigt, denn auch lediglich eine der bestehenden deutschen Staatslotterien ausschließlich die Zulassung im Großherzogthum zu sichern, gegen einen Anteil am Gewinntrag, dagegen soll das Anpreisen, Verkaufen, Kaufen von Losen anderer Lotterien, ebenso die Veröffentlichung der Gewinnlisten solcher Lotterien verboten sein. Man kann neugierig sein, ob der Landtag der Vorlage zustimmt.

### Hamburger Markbericht.

Hamburg, 6. Dezember.

I. Qualität	108—114
II. Qualität	104—107
Ferner:	
Fröhliche und ältere Schlesw.-holst. und holst. Bauernkutter	95—100
Rückische und ähnliche, verzollt	102—107
Galizische und ähnliche,	82—86
Königliche Waare	
Amerikanische	82—88

### Sternschanz-Bleichmarkt.

Hamburg, 6. Dezember.

Der Schweinemarkt verlief ziemlich gut.  
Begonnen wurde 1840 Glück, davon vom Norden —, vom Süden — Südl. Preise: Senschweine — M. Verlandischwein, schwere 61—62 M. leichte 61—62 M., Sauen 58—60 M. Karlsfel 57—61 M. pr. 100 Pf.

## Sämtliche Kuchen gewürze

### Otto Fehlauer,

32 Fackenburger Allee 32.

### Borstädtische Bierhalle.

Zu meinem am Montag den 9. Dez. abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, stattfindenden

### Wellkartoffel-Gästen

lade ich Freunde und Männer freundlich ein.  
Ergebnis Oscar Häring.

### Circus Variete

Heute Sonntag:

2 Vorstellungen 2 Uhr 4 Uhr kleine Preise, wovon Kinder die Hälfte

Interessantes Programm.

Annoit das

Miniatu-Theater

(Die Welt im Kleinen).

Abends 7<sup>1/2</sup> Uhr:

### Der pomposse

Dom-Spielplan.

Jubel über Jubel!!

### Wübertresslich

die Tanzleistung Bratz.

### Zum Schreien

Mathilde Bachwald.

### Gutzückend

Valli Valeska.

### Verblüffend

Mr. Alexander.

### Sensationell

Bill Percival.

### Hervorragend

alle anderen Specialitäten.

Auf Wunsch auch heute:

Auftreten von

### Heinr. Kalberg.

Zum letzten Male:

### Leutnant v. Schlippenbach.

Zum ersten Male die Wirtsester

Fräulein Zange

mit Heinr. Kalberg

u. den Damen: Bachwald, Gräpel etc.

### Es wird

furchtbar gelacht.

Eintrittspreise billig.

Montag:

All. Specialitäten

Zum zweiten Male:

Fräulein Zange.

### TIVOLI

Heute Sonntag den 8. d. s.:

Letztes Gaspiel des

### Albert von Gogh

Ensembles.

Sensationelle Extra Darstellung

8 entzückende

Alié an einem Sonntag.

### Schön war's doch.

Große Bühne mit Gelang.

in 4 Abteilungen

Bühne.

1. Partie 120 Pf. 2. Partie 110 Pf.

Partie 100 Pf. 4. Partie 80 Pf.

1. Partie 100 Pf. 2. Partie 90 Pf.

3. Partie 80 Pf. 4. Partie 70 Pf.

1. Partie 90 Pf. 2. Partie 80 Pf.

3. Partie 80 Pf. 4. Partie 70 Pf.

1. Partie 80 Pf. 2. Partie 70 Pf.

3. Partie 70 Pf. 4. Partie 60 Pf.

1. Partie 70 Pf. 2. Partie 60 Pf.

3. Partie 60 Pf. 4. Partie 50 Pf.

1. Partie 60 Pf. 2. Partie 50 Pf.

3. Partie 50 Pf. 4. Partie 40 Pf.

1. Partie 50 Pf. 2. Partie 40 Pf.

3. Partie 40 Pf. 4. Partie 30 Pf.

1. Partie 40 Pf. 2. Partie 30 Pf.

3. Partie 30 Pf. 4. Partie 20 Pf.

1. Partie 30 Pf. 2. Partie 20 Pf.

3. Partie 20 Pf. 4. Partie 10 Pf.

1. Partie 20 Pf. 2. Partie 10 Pf.

3. Partie 10 Pf. 4. Partie 5 Pf.

1. Partie 10 Pf. 2. Partie 5 Pf.

3. Partie 5 Pf. 4. Partie 2 Pf.

1. Partie 5 Pf. 2. Partie 2 Pf.

3. Partie 2 Pf. 4. Partie 1 Pf.

1. Partie 2 Pf. 2. Partie 1 Pf.

3. Partie 1 Pf. 4. Partie 50 Pf.

1. Partie 50 Pf. 2. Partie 25 Pf.

3. Partie 25 Pf. 4. Partie 12 Pf.

1. Partie 12 Pf. 2. Partie 6 Pf.

3. Partie 6 Pf. 4. Partie 3 Pf.

1. Partie 3 Pf. 2. Partie 1 Pf.

# Heute beginnt unser Gr. Weihnachts-Verkauf!!

Folgende angeführte Artikel erwarben wir extra zu diesem Ausverkauf, und stellen dieselben zu einem so billigen Preise an, daß jeder von der Billigkeit überzeugt sein muß:

## 20 verschiedene Artikel „bedeutend unter regulärem Werth“

Serie I.	<b>Herren-Cravatten,</b>	verschiedene Formen zum Aussuchen . . . . .	Stück	<b>10</b>	Pfg.
Serie II.	<b>Posten leinene Herren-Quäder u. Manschetten,</b>	alle Facons, Werth b. 65 Pfg., durcheinander, St. resp. Paar	<b>20</b>	Pfg.	
Serie III.	<b>Posten dicke Tricot-Handschuhe,</b>	alle Farben . . . . .	Paar	<b>20</b>	Pfg.
Serie IV.	<b>Geringelte wollne Handschuhe</b>	sehr hübsche Sachen, Werth bis 65 Pfg., Paar	<b>42</b>	Pfg.	
Serie V.	<b>Grosse Parthie Tändelschürzen</b>	reizende Sachen, für Geschenke besonders zu empfehlen . . . . .	Stück	<b>50</b>	Pfg.
Serie VI.	<b>Weite Hausstand-Schürzen</b>	mit und ohne Achsel, theilweise mit breiter Volant u. Tasche, aus bestem Baumwollzeng gearbeitet, nur	<b>95</b>	Pfg.	
Serie VII.	<b>Prima Kinder-Schürzen</b>	blau, roth und modfarbigem Körperstoff mit Besatz, Hängefacon, verschiedene Größen, durcheinander, Stück	<b>60</b>	Pfg.	
	<b>Weisse Kinderschürzen,</b>	etwas angeschmukt, nur	<b>35</b>	Pfg.	
Serie VIII.	<b>Hochfeine Linon-Taschentücher — Kinder-Taschentücher</b>	mit Bildern	von 5 Pfg. an.		
		$\frac{1}{2}$ Dg. <b>75</b> Pfg.			
Serie IX.	<b>Posten Herren- u. Damen-Regenschirme</b>	zum Aussuchen	Stück	<b>1,25</b>	M.
Serie X.	<b>Damen-Beinkleider</b>	aus bissl. Flanell, Parchend, rosa, braun und roth, mit Volant und Longuete, Werth Mf. 1,50, . . . . .	nur	<b>95</b>	Pfg.
Serie XI.	<b>Schwere Normal-Hemde</b>	verschiedene Qualitäten und Größen, durcheinander	Stück	<b>1,35</b>	M.
Serie XII.	<b>Schwarze Pelz-Muffs</b>	(eine große Parthie zum Aussuchen) . . . . .	jedes Stück	<b>1,20</b>	M.
Serie XIII.	<b>1200 Mtr. pa. Hemdentuch,</b>	80/2 em breit, etwas durch Wasser beschädigt, statt 32 Pfg., nur Meter	<b>25</b> $\frac{1}{2}$ Pfg.		
		Diese Qualität können wir nur i. C. von 10 Meter abgeben.			
Serie XIV.	<b>Reinwollne Kleiderstoffe</b>	schwerste Croise-Qualität, div. Farben, Kleid 6 Mtr., nur	<b>500</b>	M.	
Serie XV.	<b>Schwere Morgenkleiderstoffe</b>	prima Velour, hübsche neue Muster, Meter	<b>35</b>	Pfg.	
Serie XVI.	<b>3 Posten Knaben-Anzüge</b>	gute haltbare Stoffe, . . . . .	nur	<b>1</b> $\frac{50}{2}$ , <b>2</b> $\frac{25}{2}$ und <b>2</b> $\frac{75}{2}$	M.
Serie XVII.	<b>Herren-Anzüge</b>	aus besten Stoffen, tadellosem Sitz . . . . .	<b>9</b> $\frac{00}{2}$ , <b>11</b> $\frac{50}{2}$ und <b>15</b> $\frac{50}{2}$	M.	
Serie XVIII.	<b>Winter-Paletots</b>	mit warmem Futter, prima Stoffe . . . . .	<b>7</b> $\frac{00}{2}$ , <b>9</b> $\frac{50}{2}$ und <b>11</b> $\frac{50}{2}$	M.	
Serie XIX.	<b>Posten braune Herren-Westen</b>	2 reihig, I. Qualität, . . . . .	Stück	<b>1</b> $\frac{40}{2}$	M.
Serie XX.	<b>ca. 100 Carton Seife</b>	hübsche Weihnachtspackung, Carton enthaltend 3 und 4 Stück reine Seife		<b>48</b>	Pfg.

Unsere

## grosses Puppen- u. Spielwaaren-Abtheilung

übertrifft an Reichhaltigkeit als auch Billigkeit „alles bisher Gebotene.“

# Paul Brinn & Co., Lübeck.

# Erste Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 287.

Sonntag den 8. Dezember 1901.

8. Jahrgang.

## Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des Lüb. Volksbote.)

Berlin, den 5. Dezember 1901.

105. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Graf von Rosdowski, Möller, v. Riedel.

Die erste Lesung der Bolltarifvorlage wird fortgesetzt.

Preußischer Handelsminister Möller: Gegenüber der Behauptung des Herrn Abg. Richter, daß der neue Bolltarif ein unzureichendes System von Universalprotectionismus darstelle, muß ich die Verhältnisse und Zahlen nochmals schärf präzisieren. Die Zahl der Positionen ist gestiegen worden, um den Übelstande der 90er Jahre abzuheben. Wir haben vielfach anderen Staaten Konkurrenz gemacht wider Willen, ja wider Wissen; das sollte nicht wieder kommen. Der Tarif hat 940 Positionen, davon sind 282 theilweise und nur 241 ganz erhöht worden. Die Zölle auf Halbfabrikate sind fast unverändert. 1879 waren die Industrien nur sehr schlecht geschützt.

Der wirtschaftlichen Aussicht hat der Herr Abg. Gothein wenig geschmackvoll als Unimarkt bezeichnet. Die Vertreter des Ausschusses sind aber ohne jede Rücksicht auf Parteischwärzung zusammengekommen. Man sucht möglichst entgegengesetzte Meinungen zu hören. Als man dann zur Erkenntnis der Konsequenz des nächsten Tarifs kam, nahm man selbstverständlich Erhöhungen vor. Auch die Sachverständigen sind ohne Parteischwärzung gewählt worden; Abg. Schmidt-Elbersfeld, einer der besten Freunde Richters ist selbst zugegen gewesen. Dass man bei dem Tarif hunderte von Erwägungen hat, geltend machen müssen und dass man hier nicht immer das Richtige getroffen hat, ist selbstverständlich. (Sehr richtig! links.) Maßgebend für die Höhe der Position war nicht immer der Werth der Ware, sondern auch der Verhandlungswert der einzelnen Positionen. Wenn man verhandeln will, muss man auch etwas zu geben haben. Wer nichts zu geben hat, kann auch nichts nehmen. (Aurum links: Wir haben ja etwas zu geben.) Gegen den bisherigen autonomen Tarif sind Verstreibungen vorgenommen worden; bei Roggen um 1,50 M., bei Weizen um 2 M. Dies sind nur relative Aenderungen. Auch Herr Richter scheint kein absoluter Gegner des Schutzzolls zu sein. Im Sommer 1892 waren die Getreidepreise so hoch gestiegen, daß man sich allein deshalb veranlaßt sah, die Getreidezölle herabzusetzen. Man hat diese Konzession damals Österreich ohne Gegenleistung entgegengebracht. Gerade damals stand die Getreidepreise gefallen und die heutige Volksbewegung entstanden. Durch die starke Opposition auf der einen Seite ist man nun auch auf der andern Seite mit Forderungen gekommen, die uns unannehmbar sind. Unser Programm kann nur sein: Hilfe der Landwirtschaft bis an die Grenze, daß die Handelsvertragspolitik aufrecht erhalten werden kann. Ich behaupte, wir treiben praktische Politik. Sie aber (nach links) treiben himmlische Politik. Ich glaube die Sammelpolitik wird doch wieder zu Ehren kommen. Herr Richter hat ein auf mich gedichtete Gedicht verlesen. hat Herr Richter vielleicht alle Bierreden, die auf ihn in Hagen gehalten worden sind, immer geprägt auf ihre Geschmacksvolligkeit. (Große Heiterkeit links.) Er hat erzählt, daß Herr Joseph in guten Zeiten Getreide für schlechte gesammelt hat, daß er also der eigentliche Urheber der Antrag Kanzl zu sein ist. Herr Richter hat der Regierung die Vertretung von Sonderinteressen vorgeworfen. Vertreter er nicht etwa den durchaus berechtigten Standpunkt der Konsumenten? Er hat mir vorgeworfen, daß der Konsument im wirtschaftlichen Ausschuss nicht vertreten sei; der Konsument ist aber ein ungeheuer vielköpfiges Ungeheuer. (Große Heiterkeit.) Auch ist es nicht wahr, daß durch höhere Zölle die Lebenshaltung der Arbeiter herabgedrückt würde. So einfach ist untere volkswirtschaftliche Entwicklung nicht. (Sehr richtig! rechts.) Die Handelsverträge haben bei der günstigen Entwicklung mitgewirkt, aber die eigentliche Wendung war der Bolltarif von 1879. (Vochen links.) Auch in vielen Arbeiterkategorien ist seit 1879 ein Steigen der Löhne zu verzeichnen. Auch aus den Reihen der Sozialdemokratie erkennen das einige gelehrte Herren an und halten keineswegs jedes Tarifsystem für verwerflich, das eine Erhöhung der Lebensmittelpreise bringt. Herr Molkenbuhr hat sich darüber beklagt, daß die Löhne nicht mit den Dividenden gleichen Schritt halten. Es gibt aber nichts Verderblicheres für die Arbeiter, als das System der gleitenden Lohnstufen, unter welchen sie in einem Jahre 1000 Mark Einkommen haben und im nächsten mit 600 M. auskommen sollen. Ich habe als Handelsminister die Gesamtinteressen zu vertreten, diese Aufgabe zu erfüllen ist mein Ziel, durch die Reden der Opposition wird dieses Ziel nicht erreicht. (Bravo! rechts und bei den R.R.)

## Leibeigenen.

Roman aus der Zeit der russischen Leibeigenschaft.  
Von Wilhelm Braunstorff.

34. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Mit den Armen und Beinen mache der Prophet die unglaublichesten Gestikulationen, stemmt den Kopf zwischen die Beine, während die Ferien in die Lust starten und kämpft so mit fanatischer Wuth gegen den unsichtbaren Geist an. Die heilige Begeisterung ergriff zuletzt auch Atalim. Auch er stürzte sich unter die heiligen Tänzer und that es in wilden Bocksprüngen den glaubenseitigsten Duchoborzy gleich. Die Raserei wirkte ansteckend. Selbst Vladimir fühlte, wie sich seine Mundwinkel unwillkürlich verzogen und er bedurfte seiner ganzen Willenskraft, um sich der dämonischen Macht dieses teuflischen Bettstanzes zu entziehen. Der wahnähnliche Tanz dauerte so lange, bis die Tänzer erschöpft und kraftlos niedersanken.

Damit war die gottgefällige Andachtshaltung zu Ende und Männer und Frauen begaben sich hinaus, denn jetzt folgte der zweite Theil der Ceremonien, die Einnahme des heiligen Abendmahls.

Hinter der noch immer brennenden Hütte befand sich ein Bockstein, dessen Verschlußstein der Prophet jetzt löste und einen gewaltigen Brodblaß hervorzog, welcher genau vor einem Jahre in den Ofen gegeben worden war.

Kein Wunder, daß das Brod inzwischen so hart geworden war, daß der Prophet mit einem Beile zerstückeln und zerkleinern mußte. Jeder der Anwesenden bekam ein Stück, welche dasselbe in eine von den Frauen herbeigeholte Schüssel mit Ziegenmilch tauchten, um es gemeinsam zu machen.

Nach diesem Abendmahl sangen die Duchoborzen mit einer melancholischer Stimme schlecht einstudierte Psalmen, bis

Dr. Vogel (Antif.): Herr Möller hat von einem Herrn Potiphar gesprochen, so wie ich weiß, was dieser Herr Potiphar eine Frau. (Sturmische Heiterkeit.) Herr Richter hat den Grafen Capri über alle Maßen gelobt. Ich muß doch an den Spruch denken:

Wenn Dein Werk dem Kenner nicht gefällt,  
So ist das schon ein schlimmes Zeichen,  
Doch wenn Dein Werk dem Richter gar gefällt,  
So ist es Zeit, es auszustreichen.

(Vachen links) Wir müssen der Landwirtschaft helfen und dafür sorgen, daß die Arbeiter wieder aus Land zurückkehren. Der Importeur Leyb (Große Heiterkeit) hat natürlich ein großes Interesse daran, argentinisches Getreide billig hereinzuschaffen zu können. Er denkt nicht an die Not der deutschen Bauern und die Regierung darf sich nicht auf den Standpunkt des Importeurs Leyb stellen. (Erneute Heiterkeit.) Wir werden für die Überweisung an eine Kommission stimmen. Neben dem Pfingst muß in deutschen Landen das Schwert stehen — in hoc signo vinces! (In diesem Zeichen werden wir siegen.) Beifall bei den Antif.

Nölker (R.): Man hat gegen den deutschen Bauernstand mit Schlagwörtern, wie „Blutsauger“ usw. agitiert. Bismarck aber hat die Bedeutung des Bauernstandes erkannt und ist mit seinen Zöllen 1887 durchgedrungen. Dann kam der Mann ohne Ar und Arm, mit dem dann die Linken das große Werk des Fürsten Bismarck mit einem Schlag vernichtet hat. (Beifall rechts, Vachen links.) Unter diesen Capri'schen Handelsverträgen leiden wir heute noch. Der Biehstand ist verloren. (Zustimmung rechts.) Das ist die Konsequenz jener ungünstigen Handelsverträge von 1892. (Vachen links.) Die jetzige Krise ist die Folge einer Überproduktion. Der Bauer aber kann sich, wenn er fleißig, tüchtig und sparsam ist, noch heute eine Existenz gründen. Die Worte „Brotmacher“ und „Blutsauger“ sind also ganz ungerechtfertigt. Abg. Richter hat behauptet, der Bolltarif dringe nur Besitzer von über 100 Hektar Nutzen. Abg. Richter ist gewiß ein guter Redner, doch aber ist noch nicht alles wahr, was er sagt. (Heiterkeit und Beifall rechts.) Ich besitze nur 30 Hektar, kann aber genau den Nutzen berechnen, den mir höhere Zölle gewähren. Auch für Hopfen muß ein Minimal- und Maximaltarif eingeführt werden. Ich appelliere zum Schluss an die Regierung und an den Reichstag:

Des Vaterlandes Macht und Kraft

Allein liegt in der Landwirtschaft.

(Lebhafte Bravo! rechts. Der Reichskanzler betritt den Saal.)

Bebel (SD.): Der Vorredner hat vom Standpunkte eines Mannes aus gesprochen, dem die ganze moderne Entwicklung ein Grauel ist. (Unruhe rechts), denn wenn es nach seinen Grundlagen ginge, sämen wir doch, jede Fabrikbindung zu verbieten, alle Eisenbahnen aufzuhören usw. Sein Programm geht auf vollständige Vernichtung der Industrie aus. Dass Sie das nicht begreifen wollen, verstehe ich, da Sie Deutschland wieder zum Agrarstaat machen und Handelsverträge überhaupt unmöglich machen wollen. Graf Schwerin meinte, der Kampf müsse mit mehr Anstand geführt werden. Sie (nach rechts) als Rathgeber in dieser Frage zu sehen, erinnert mich an den Kleinecke Fuchs, denn wenn einer das Menschenmöglichste in Aufopferung geleistet hat, so die Bauernbündler und der Bund der Landwirthe. Auf dem Kanal und lange in Regensburg hat der Abg. Heim eine Rede gehalten, die an Aufopferung gegen die Regierung wirklich alles bisher Dagewesene übertraf.

Vizepräsident Graf Stolberg: Es ist unzulässig, von einem Abgeordneten zu sagen, er lasse an Aufopferung gegen seine Regierung alles bisher Ungetane hinter sich. (Bravo! rechts).

Bebel (fortfahren): Herr Heim hat direkt gesagt, wenn die Mittelsbäcker nicht auf die Wünsche der Agrarier hören, dann hätte die bayerische Bauernschaft kein Interesse an der Existenz der Monarchie in Bayern. (Hört! hört! links.) „Der wahre Jakob“ hat das in zwei Bildern treffend gekennzeichnet. Auf der einen Seite der Bauernkampf bei einem Zoll von 7,50 Mark unter der Devise „Mit Gott für König und Vaterland“, auf der anderen Seite bei einem Zoll von 3,50 Mark unter der Devise „Es lebe die Republik“. (Unruhe rechts.) Sehen wir uns doch einmal die Druckschriften des Bundes der Landwirthe und der sog. christlichen Bauernvereine an; aus ihnen spricht der rücksichtlose Kloßeneigötzmus. Und das nennt sich „christlich“. (Große Unruhe rechts.) Der Reichskanzler sagte, man solle berücksichtigen, daß man vor den Ohren des Auslandes rede. Nun, es giebt wie in Deutschland, so auch in allen Kulturstaaten zwei Nationen, eine Nation der Ausbeuter und eine der Ausgebeuteten. (Verminderter Widerspruch rechts.) Der Reichskanzler sprach im Namen der ersten Nation, ich spreche im Namen der zweiten. (Erneute Unruhe und Aurum rechts.) Wir haben den dringenden Wunsch, daß Handelsverträge auf keiner un-

günstigeren Basis zu Stande kommen wie die gegenwärtigen, und werden auf das energischste alle Bestrebungen bemühen, die darauf gerichtet sind, unsere Handelsbeziehungen ungünstiger zu gestalten, als sie jetzt sind. Wir werden mit denjenigen Rückstolzlosigkeit die Interessen der unterdrückten Volksklassen vertreten, die die Wichtigkeit der Vorlage erheben, und wenn man im Auslande daraus irgendwelche Rückschlüsse ziehen zu müssen glaubt, wird uns das nicht im Geringsten genügen. (Unruhe rechts.) Der Reichskanzler meinte, die Aussichten neuer Tarifverträge könnten zur Zeit noch nicht überblickt werden. 1892 wußte aber Graf Capri genau, daß er auf Grund jenes Tarifs Tarifverträge zu Stande bringen würde. (Aurum rechts: Österreich). Die Österreicher wollen allerdings nicht die gebildeten Schafe sein (Abg. rechts) auf das Vergehen der verbündeten Regierungen; sie sagen einfach: versprecht ihr uns die Einfuhr nach Deutschland, so verpflichten wir euch die Ausfuhr nach Österreich. Wurst wider Wurst! Wenn wir 1891 bis 1894 unter den Verträgen einen Tarif zu Stande gelegt hätten, wie den vorliegenden, mit Minimalzöllen für Getreide, so wäre damals ein einziger Vertrag zu Stande gekommen. (Abg. Graf Raniz: Sehr richtig!) Sie, Herr Graf, würden es allerdings für einen Vortheil ansehen, wenn keine Handelsverträge abgeschlossen werden. (Sehr richtig! rechts), wir als einen Nachteil. Wir waren es, die den russischen Handelsvertrag gerettet haben und würden heute noch genau so stimmen. Die Getreidezölle bilden ja nun einmal in diesem Tarif gewissmaßen das Rückgrat. Von den 946 Positionen ist bisher fast nur über die Getreidezölle gesprochen worden. Von der Höhe dieser Zölle hängt es ab, ob Handelsverträge zu Stande kommen. Die Regierung erging sich in Lob über den Fürsten Bismarck. Bevor derselbe jedoch 1879 mit seiner Schutzpolitisierung begann, hat er sich 1875 noch gegen jeden Schutzoll ausgesprochen. Herr Möller hat heute erklärt, er habe sich durch Aufstellen des Maximal- und Minimaltarifs zwischen zwei Stühlen gesetzt, hoffe sich aber noch emporzuziehen. Nun, Hoffen und Harren macht Menschen zum Narren. (Gr. Heiterkeit) Das wird wohl auch auf Herrn Möller passen. Am 12. Dezember 1898 sagte Herr v. Mantensel, der Führer der Konservativen, der Reichstagsklub von Handelsverträgen sei für die Landwirtschaft gefährlicher, als die Reduktion der Kornzölle. (Widerspruch rechts.) Er sprach im Namen der Mehrheit der Rechten. (Graf Raniz: Ein Drittel!) Graf Raniz, Sie sind im Irrthum, erst 1894 hat zwei Drittel Ihrer Fraktion gegen den russischen Handelsvertrag gestimmt. Der Führer des Zentrums, Peter Reichsperger, erklärte damals, die Aufrechterhaltung eines 5 Mark-Zolls auf Roggen sei auf die Dauer nicht möglich, dagegen verlangte Herr Spahn im Namen des Zentrums im Sommer einen Zoll von 6 Mark auf Roggen. Ähnlich wie Herr Abg. Mantensel sprachen sich damals auch die Abg. von Heldorff und Graf Raniz aus. Sie handeln jetzt nach den bekannten Maximen, möglichst viel zu fordern, um möglichst viel zu erhalten. Das ist aber die Taktik der von Ihnen so viel bekämpften Handelsjuden (Heiterkeit). Sehr gut! links). Sie besiegeln. Das eine Regierung eines stark agrarischen Landes wie Bayern den Wünschen der Landwirtschaft Bedeutung träßt, ist nicht wunderbar, aber es ist unklar, weshalb die sächsische Regierung unter Ihnen ist, die für höhere Agrarforderung eintreten. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Im Deutschen Reich kommen von 100 Einwohnern 36 auf die Landwirtschaft, in Sachsen nur 15, dagegen 72 auf Hand und Industrie. Dabei haben sich die Verhältnisse in Sachsen für die Landwirtschaft gebessert, weil die Landwirtschaft überall den Markt vor der Thür hat. Trotzen wir nun Ihre Behauptungen, daß die Landwirtschaft in den letzten Jahren stark gelitten habe, auf ihre Richtigkeit. Am 23. April 1898 hat Herr Niquel erklärt, die preußische Steuerreform bedeute eine kolossale Entlastung des Ostens. Redder verließ die lange Zeit der „kleinen Mittel“, mit denen der Staat den Agrariern zu Hilfe gekommen ist. Sachsen hat den landwirtschaftlichen Genossenschaften 5 Millionen zur Verfügung gestellt, dasselbe Sachsen, das die Arbeiterkonsumentvereine durch die Umwandlung zu verwirklichen trachten. (Sehr wahr! bei den Soz.) So handelt ein christlicher Staat. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Es wird von den Konsumentvereinen eine Umsatzsteuer von 1-1½ Prozent genommen — eine standolde Hungerfresser. (Bravo! bei den Soz.) Nun zur Unterfluchtung der Landwirtschaft durch das Reich. Da ist die Braunitweinsteuer, das Margarinegezetz, das Badersteuergezetz, das Fleischbeschlagsgezetz. Die Zölle auf landwirtschaftliche Produkte ergeben eine Jahresentnahme von 197 Millionen 165 000 Mark, davon allein die Getreidezölle 131½ Millionen Mark. Da nun Herr Graf Schwerin nachgewiesen, daß wir ⅓ des Verbrauchs im Inlande produzieren, wird der Preis der ⅓ durch den Zoll auf das eine Maentel in die Höhe getrieben. Da nun ca. ⅔ der Landwirt in der eigenen Wirtschaft verbraucht bleiben ⅔ und die Landwirthe erhalten die Summe von 5×131½.

der Scheiterhäuser niedergebrannt war, worauf sich alle nach ihren Hütten zerstreuten.

Über Vladimir schien es, als seze eine Stimme tief unter der Erde den monotonen Gesang fort.

Als die beiden Abenteurer wenige Minuten später in einer ihnen zugestellten sauberen Holzhütte sich auf ihr Nachtlager niedergelassen, wandte sich Atalim an Vladimir mit der Frage:

Weißt Du nun Herr, welchen Zweck der Scheiterhäuser gehabt hat?

„Ich glaube es zu wissen. Es wurde das Brod gehackt, welches im nächsten Jahre zum Abendmahl gereicht wird.“

„Das ist richtig. Und jedes Jahr wird ein anderer Brotloß gebaut. Aber nun höre weiter: Unter dem Brotloß befindet sich ein Grab! — Der Prophet des Vorjahres, der stets der älteste Mann des Hauses sein muß, wird lebend in das Grab gelegt, über ihm der Ofen erbaut und das Feuer gemacht, damit die Seele des Propheten in das Opferbrod übergehe. In dem heutigen Brod verzeihen wir die Seele des vorjährigen Propheten, den diesjährige hast Du unter der Erde singen hören und mit dem Propheten, welcher im nächsten Jahre begraben wird, hast Du heute gesprochen.“

Vladimir fühlte sich von Grauen erfaßt.

„So begraben sie ihre Propheten lebendig? Das sind ja Menschenopfer!“

„Die Duchoborzen sind die Schlimmsten nicht. Bei den Moreliods, den sich selbst Aufopfernden, würdet Du noch ganz andere Dinge erleben. Diese Leute sind so gottesfürchtig, daß sie ihren Tod gar nicht abwarten, sondern, wenn es ihnen gerade einfällt, sich selbst bei lebendigem Leibe verbrennen, bald einzeln, bald gleich in ganzen Gruppen. Sie nennen das die Deuteronie und preisen sie als eine Gott wohlgemachte Handlung.“

## Bei und zwanzigstes Kapitel.

Fünf Tage später.

Vladimir und Atalim waren dank ihrer trefflichen Pferde ein tüchtiges Stück Weges unerkannt und unangeschaut vorwärts gekommen und befanden sich bereits im Hochgebirgsgebiet, in welchem die höhernen Bergkluppen durchwegs den alpinen Charakter trugen.

Der Weg führte sie wieder einmal thalwärts. In der Tiefe brauste der Tscherenfluss kataraktartig über zackige Klippen hin. Garbands (tautatische Wegezeichen) bezeichneten den Weg, flache längliche Hügel, mit je einem Stein an den vier Ecken, unter welchem die Gebeine der auf dem Wege Verstorbenen modernten.

Der Pfad lenkte zu dem immer enger werdenden Tschengenthal hinab und wand sich bald zum einen, bald zum anderen Ufer des Flusses. Den trefflichen taurischen Pferden war das Verfolgen eines solchen Weges ein leichtes; sie setzten unterweilt in die Fluth und schwammen mit ihren Reitern herüber und hinunter. Zu beiden Seiten hoben sich die Felsmauern immer höher empor, doch selbst diese starken Wände überwucherte an vielen Stellen dichtes Steben- und Ephengestrüpp. Der Engpass glich einem Felsenfortidor, in welchem das Rauschen der Wasserfälle lautest widerhallte.

In diesem düsteren Paß begegneten ihnen viele Reitende, die aus dem Lande der Suonen kamen und herrliches Viegenfell mit sich führten, das zu Teppichen verarbeitet werden sollte. Es waren Osseten und Kalgothen mit spitzen Rücken, Latschen, mit hohen Stirnags und Suonen mit flachen breitkämpigen Hüten.

Bon ihnen erfuhr Atalim, daß der jetzige Ghirai (König der Suonen) Nachali heiße und ein vornehmer gebildeter Mann von etwa dreißig Jahren sei. Seine Residenz sei, wenn erst der nächste Bergwall überstiegen, noch vor Sonnenuntergang bequem zu erreichen.

Der sprühende Schaum der Wasserfälle schlug den

Millionen Mark, im Ganzen 657½ Mark im Jahre mehr für ihr Getreide durch den Zoll. (Abg. von Karlsruhe lacht laut.) Herr von Karlsruhe. Ihr Lachen schafft die Thatsache nicht aus der Welt, aber Sie geht die Weltgeschichte hindurch. (Stürmische Heiterkeit) Mit all den Summen werden die Konsumanten belastet. Dazu kommen noch Kaffeezölle, Petroleumzölle, Salzsteuer usw. Als Bassalle 1868 für die Produktionsgenossenschaft 300 Millionen verlangte, fand man diese Summe unerhört. Was bedeutet sie gegen obige Summen? Wenn die Not wirtschaftlich so groß ist, warum gehen Sie da nicht auf unsere Expropriation ein? Unverschämte Preise zahlen wir Ihnen allerdings nicht. (Heiterkeit) Aber 4 Prozent Buben sollen Sie haben und dann schaffen wir Sie noch gratis nach Südafrika. Nun zur Viehzucht. Herr Ritschel behauptete, Deutschland würde mit fremdem Vieh geradezu überschwemmt. Infolge Ihrer (nach rechts) Wackenbauer ist aber das gerade Gegenteil des Falles, insbesondere ist die Schweineeinfuhr ganz kolossal zurückgegangen. Der Beitrag aus dem einzelnen Stadl Vieh ist gefriegen. — Kärtelle, Syndikate und Geschäftsmänner haben sich sehr entwidelt, z. B. der Münchner. Davor haben aber die Konsumanten keinen Vortheil. Natürlich huldigen Sie dem Grundsatz: Gehe jeder, wo er bleibe, und wer steht, daß er nicht falle. Aber die Kunden haben auch etwas zu sagen und ich spreche es offen aus, durch Vorlagen wie diese wird mit Notwendigkeit Ausfuhr und Reimporte hervorgerufen. Ein weiterer Beweis für die gläserne Entwicklung des Landwirthschaft ist, daß die Baumwolleversteigerungen abgenommen haben. Auch die Güterpreise sind nicht heruntergegangen, sondern gestiegen, und zwar um 710 Prozent im letzten Jahrhundert (Hört! Hört! bei den Soz.) Das ist doch ein ganz beträchtliches Ergebnis. (Abg. Graf Schwerin ruft: Es kommt ganz auf die Wirtschaft an!) Da sind wir ganz einig, Herr Graf! (Heiterkeit lacht.) Wirtschaften Sie nur verständig, dann brauchen Sie keine Zölle. (Lebhafte Zustimmung links. Vörm rechts.) Von dem Gute des kleinen Münchens. Vorwurten, weiß die "Deutsche Tageszeitung" allerdings nur zu thun, daß es ein ausgezeichnetes Jagdrevier ist. Denkt Sie dem Jagdvergnügen fröhnen, damit Ihre Herren Söhne sich Fried- und Freuden halten können und in einer Nacht mehr verbündeln, wie eine Arbeitersfamilie das ganze Jahr hindurch verdienen kann, deßhalb soll dieser Präsident gleich werden. (Vörm rechts. Bravol rechts.) Unsere Parteigenossen, die im Osten gewohnt sind, haben mir erklärt, ohne Zölle auszukommen. (Zustimmende Zustimmung rechts.) Rufen Sie doch nicht durchmischer, es ist nicht zu verstehen.

Präsident Graf Ballerstrem: Seien Sie doch still, meine Herren! Es kommt ein jeder zu seiner Zeit hier zum Wort. (Heiterkeit.)

Bebel (fortfahren): Wenn Sozialdemokraten so auskommen, weshalb nicht die Kinder, die jetzt Hochhäuser auf der Scholle sitzen (Sehr gut! lacht). Herr Kamp hat meinem Freunde Wolfshausen gestern eine Entschuldigung gegeben. Ich sage: Herzlich dankbar! (Gesche Heiterkeit.) Ich stützte, wie kriegen es nicht, ebenso wenig, wie wir 1875 die Provinz Sachsen zur Verwaltung bekamen, die uns Bismarck angeboten hatte. (Heiterkeit.) In der Verhandlung im Ritter-Büchel am 11. Februar d. J. hat Abg. Roedde mit den Worten geschlossen: "Wir kämpfen für die Gerechtigkeit unserer Sache Gott möge uns den Sieg verleihen!" Hier wird also Gott als Beschützer des Brodverwalters angesehen, da muß ich sagen: Punkt! (Großer Lacher rechts.)

Präsident Graf Ballerstrem: Ich habe schon öfter erklärt, daß der Ruf "Punkt" unparlamentarisch ist (Heiterkeit und Lärme links) und in Anwendung auf ein Mitglied des Hauses mag ich es als ganz ungehörig zurückweisen. Herr Abgeordneter, ich bitte Sie sich zu mäßigen, weil ich sonst zu prügeln beginnen müßte.

Bebel (fortfahren): Auch Herr Max schlägt seinen Antruf für die Verläßlichkeit der Wehr-Gott und rief hinzufüll: "Schlimm genug ist es auch, daß es viel Schlechtes für Erhöhung der Zölle und Lebensmittel einstreut. (Lärme rechts und im Zentrum.) Dieselben Söhne, die lehren: "Unser toller Brod giebt uns heute", verbreiten dem Volke dasche. (Lärme rechts.) Gehörten eigentlich auch die Söhne zu den sozialdemokratischen Arbeiter? (Lärme rechts.) Es ist ja 20 Tausend von den Sozialdemokraten an sämtlichen Häusern besiegeln 229 000 Hektar. Diese Familien haben ganz gewaltige Vortheile aus den Betriebsstellen. Wenn das dazu beitragen, den Sinn für die Monarchie zu föhren, so gratuliere ich dem Herrn Reichsführer (Sehr gut! lacht.) Ein großer Teil der Mitglieder dieses Hauses ist trotz dieser Grundbesitzes an der Erhöhung der Zölle interessiert. Ich betrete, daß wir keine Bestrafung haben, daß ein Abgeordneter, der bei einer Abstimmung verhältnismäßig ist, häufig den zufüllt. (Großer Lacher rechts.) dann hätten wir die Reparation. Es gibt immer eine ganze Reihe jüdischer und großbürgerlicher Familien in Hessen, die den Haushalt nicht mehr tragen. (Lärme links.) Bringen Sie es für die Familien. (Lärme rechts.) Ja, Sie lassen "Vater" und müssen "Sohn".

Prä. Graf Ballerstrem: Es ist nicht möglich, einem Abgeordneten da Gedanken von dem zu unterdrücken, was er gesagt hat. (Lacher bei den Soz.)

Bebel (fortfahren): Ein Beweis dafür, daß die Landwirtschaft nicht so ungünstig dasteht, ist die Entwicklung der landwirtschaftlichen Firma, die i. Deutsche Industrie der Landwirtschaftlichkeit u. Viehzucht. Das ist zweifellos so längst, so beweist die Geschichte der Industriearbeit und die Arbeitskraft der landwirtschaftlichen Arbeit, daß vor mir nun dies ein Ergebnis ist, es ist kein Dok zum der Handwirtschaft werden durch den Zoll erlaubt, und das

heißt Hilfe für den Mittelstand. Die Beamten und Angehörigen der freien Berufe, die kleinen Händler und Weitwirten, sie alle werden die Brodversteigerung schwer empfinden. In Preußen zahlt Derjenige, der ein Einkommen von über 100 000 Mk. hat, 4 Prozent Steuer. Der Arbeiter zahlt also allein wegen der Zölle fast ebensoviel wie der 100 000 Mark Mann. Als Beispiel die Vermögenssteuer einzuführen wollte, sprach die "Köln. Bltg." von Vermögenskonfiskation. Es ist weitwichtig, wie schnell die bestehenden Klassen ihre politische Gesinnung wechseln. Heute schon gibt es hunderttausende Familien, die sich von Kartoffeln nähren müssen. Die Enquete eines Lehrers hat ergeben, daß in Dresden so und soviel Kinder ohne Mittagbrot waren. Der Lehrer sagt: Bei solchen Kindern sollte man noch das Brod vertheilen, man sollte sich schämen. Die Scham ist bei uns längst zu den Kunden. Die Wohnungswirtschaft ist in Dresden elend. Wie muß es da im Erzgebirge aussehen oder im Vogtland? In der "Köln. Volksbltg.", deren Verleger ein Herr Boehm ist, wurde kürzlich erzählt, daß der Lehrer einmal nach Beurteilung eines Misschellers an die Schüler die Frage rückte: Wer von Euch möchte in den Himmel kommen? Darauf meldete sich u. a. ein kleiner Junge und auf die Frage nach dem Grunde sagte er, daß hätte ich keinen Hunger mehr. (Bewegung.) Gibt es etwas Auszweizendes gegen die heile Gesellschaft, als diese Auszierung? (Abg. Arnim ruft: Wahrscheinlich haben die Eltern das Geld vertrunken.) — Gehen Sie Vörm bei den Soz.) Der Herr lacht, das ist eine Gemüthsregung. (Gesche Vörm.) Der ungeheure Notstand, der heute herrscht, kann gar nicht abgeleugnet werden. Wir können annehmen, daß jetzt 1 600 000 Menschen hinter Not leiden und es ist keine Aussicht, daß diese Not gelindert wird. Gewiß ist der Nullstand eine Folge der Überproduktion und der industriellen Entwicklung. Ein Agrarstaat kann nicht genügend Soldaten aufzubringen, das kann nur der moderne Industriestaat. Wenn Sie jetzt verfügen, durch den Zolltarif das Kind der Entwicklung zurückzuhalten, so sage ich, es wird über Sie hinweggehn. Wir haben eine jährliche Bevölkerungs zunahme von 800 000 Menschen. Wie wollen Sie für alle diese Menschen im ganzen Kaiserstaat Nahrung und Kleidung schaffen. Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser, ich kann nicht Brodwerke treiben und ähnliche Anstalten stehen im Widerspruch mit dieser Vorlage. 33 Millionen haben wir für den Gotthardtunnel gezahlt und jetzt verfügen wir durch Saarzoll den Übergang über die Alpen von Rom. Wir gehen nach China um uns China zu öffnen und dann werden wir selbst Chinamen und errichten eine chinesische Mauer um uns. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Das Wort von Marx wird sich beweisen: "Jede Klasse erzeugt ihre eigenen Todleger, r. r." Das Reichsamt ist heute derjenige, der am meisten auf den Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung hinarbeitet. (Heiterkeit) Wer die Grüne verderben wollen, den schlagen Sie mit Kreuzstab! (Gr. Heiterkeit u.) Wir werden alles aufheben, um diesen Entwurf in den Ortus hinzubringen und bedauern nur, daß wir nicht auch keine Worte und Vertreter mit in den Ortus stürzen können. Im Namen der Gerechtigkeit, im Namen des Volkswohls, in die Sache mit diesem Entwurf! (Sturmvolk Bebel b. d. Soz.)

Präsident Graf Ballerstrem: Der Herr Abg. Bebel hat sich gegen einen Entwurf des Abg. Arnim einiger Worte bedient, die ich bei der Urtheil im Hause nicht gleich verstanden habe. Diese Worte waren "Sonne" und "Gefühlsschroth" (Lebhafte Rufe: Sehr richtig! b. d. Soz.) Präsident Graf Ballerstrem (fortlaufend): Ich sehr erregt: Ich bitte mich nicht zu unterreden! Die Autorität dieses Platzes werde ich unter allen Umständen zu verteidigen wissen. (Lebhafte Bravol rechts und im Zentrum.) Ja, sage also: Diese Worte verstoßen gegen die Ordnung des Hauses und ich rufe den Abg. Bebel d. w. gen zur Rede. Bebel beweist mir, daß Herr Abg. Bebel durch den Zolltarif sehr prozeßt worden ist. (Lebhafte Beifall links.)

Breisitzer Direktorius Herr v. Rheinbach: Herr Bebel hat offenbar diese Worte mit dem Bödecker Parteitag verwechselt. (Sehr gut! rechts. Auf links: Und Sie verwechseln den Reichstag mit dem Bödecker Parteitag!) (Heiterkeit.) Wir sind aber nicht willens, uns hier von ihm beschimpfen zu lassen. (Große Heiterkeit rechts.) Ja, und darüber ist der Anekdote des Herrn Bebel, daß diese Worte der Serbischen Regierung den Aufruh aufhielten würden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Zur Bezeichnung aller Serbierinnen fand er, da er glaubte, daß die Sozialdemokratie sie außerhalb 14 Tagen zu einer katholischen Reformgruppe zusammenstößt. (Lärme links.) Bringen Sie es mir einzig mit dem Aufschluß! Sie werden hierbei mit keiner Kopfes auf der Spur geblieben sein. (Bravol rechts. Vörm links.) Redner verzichtete auf die Worte d. Bebel vom Bödecker Parteitag gegen die Serbierin. (Sehr gut! Sehr richtig! aufgenommen und von Zeit zu Zeit dem Abg. v. der Bödecker Parteig. mit großer Heiterkeit der Linken zugestellt.) Einem Beweis für all die kamerale Vorwürfe der Regierung gegrüßt! Ich: Herr Bebel ist ebenfalls geblieben. (Vörm b. d. Soz.) Meine langjährigen Handelsverträge halte ich für eine unbekannte Rettung, und ich bin überzeugt, daß diese Worte nicht nur die Bödecker Parteig. sondern die Sozialdemokratie mit befreien werden! Sehr richtig! aufgenommen und von Zeit zu Zeit dem Abg. v. der Bödecker Parteig. mit großer Heiterkeit der Linken zugestellt.) Einem Beweis für all die kamerale Vorwürfe der Regierung gegrüßt! Ich: Herr Bebel ist ebenfalls geblieben. (Vörm b. d. Soz.)

Dr. Roedde (d. d. Landw.): Bebels Worte über meine Heimat im Bödecker Buch, wo ich den Namen Gottes anrief, überwarf ich d. r. Beurteilung dieses hohen Honors. (Bebel: Sehr richtig!) Ich bestreite aber dem Abg. Bebel bei seiner Auffassung über Religion das Recht, mir derartige Vorwürfe zu machen. (Bravol rechts.) Bebel (SD): Herr Roedde erwiderte ich, er möge meine Reden nachholen, dann wird er genug haben. (Sehr gut! bei den Soz.) Dem Herrn Grafen von Schwerin gegenüber gebe ich zu, daß ich mich getröst habe, da er nicht den Vorwürfen des Bundes ist. Die Forderungen des Bundes aber hat er nicht erwähnt. Bezuglich des Grafen Arnim hat das stenographische Protokoll gezeigt, was er gesagt hat, und ich habe kein Werk hinzugefügt. Es bewundere nur die Stirn des Großen Arnim (Lärme rechts.) Bebel (SD): Ich bestreite, daß ich in dem Bödecker Buch, wo ich den Namen Gottes anrief, auch in Sie ja den Gott abschaffen. Redner

als ne die Grenze des Suanenlandes erreichten, schien sich Vladimir im Innern des ungeheuren, wilden Felsenchaos plötzlich eine zivilierte Welt aufzuhalten.

Von dem engen, erst answarts, dann abwärts ins Land führenden Felsenföhre führten geheime Wege zu Thal, und die Klüste waren, eine im Kaukasus ganz neuartige Erweiterung, durch gewaltige Felsplatten überbrückt, welche Tropfen über den gähnenden Schlund gelegt zu haben schienen. Habe Steinobolisten grüßten von den Höhen, zu Gedenkbildern gesetzte Felsmächen — vielleicht die ersten Götter der Erde, deren Namen Niemand kennt und Niemand nennt. Steile Trachitwände mit rauemartigen Inschriften — Gedenkstein vielleicht, welche bebenzame Punkte der Weltgeschichte vereinigen sollen, vielleicht auch Grabmäler von alten Königsgelehrten. Auf einem ungewöhnlichen Felsenplateau ein alter schloßartiger Bau mit Säulenhallen und Tempelbogen, jetzt theilweise in Trümmer liegend, welche von längst entchwundener Pracht, von einer untergegangenen Kulturreiode sprachen. Dann die pyramidenförmigen Feuerherde von viele tausendjähriger Alte, deren Steine tiefrot und mit Inschriften bedeckt waren. Weiterhin, wo Götter und bebante Aderflächen ihren Anfang nahmen, Gruppen von schon mehr zeitgenössigen und buntartigen Wohnbauten, die alle möglichen Formen der Welt vertreten.

Die schön gebauten Wege, die ins Innere des Landes führten, zogen sich überall zwischen herrlichen Wäldern hin. Dieser im Thal traten die Waldländer allmählig zurück und Oliven- und Mandelhaine, große Gruppen des Krebsbaumes und der Edellaubfrüchte traten an deren Stelle, und die Weinrebe gehörte in Dimensionen, wie sonst wohl nirgends in der Welt. Auf den großen Weinplätzen immelten sich weite Herden kräftiger Pferde, stattlicher Kinder, Schafe und Ziegen.

Schönheit von dem Pfade, den Vladimir und Atalim

sucht des weiteren unter großer Unanonymität und Unruhe des Hauses nachzuweisen, daß in den Zeiten des 5 Markols die Zahl der Steuerpflichtigen aus der industriellen Arbeiterklasse stärker gestiegen ist, als sich die Zahl der Bevölkerung im Durchschnitt vermehrt hat. Es ist nicht zu leugnen, daß sich die industriellen Steuern in den letzten Jahren vermehrt haben. Dieses Opfer aber mußte zur Erhaltung des Friedens gebracht werden. Dieses hat zum Arbeiterswohlstand das Meiste beigetragen. Unsere Befreiung durch industrielle Steuern ist viel geringer, als in anderen Ländern. Außerdem entlastet die Reform der direkten Steuern die schwächeren Schultern. 66 pt. sind von diesen befreit. Wenn wirklich die Großgrundbesitzer von den Zöllen Vortheil hätten, würden sich doch nicht die Bauernvereine dafür interessieren. Es ist eine Mythe, daß gesuchte Provinz Ostpreußen hat am meisten zur Erhebung Ostpreußens beigetragen. Es ist nötig, daß wir Heimatpolitik treiben und dazu ist der Zolltarif die Grundlage. Ich möchte aber auch die Herren der Landwirtschaft bitten, den Bogen nicht zu straff zu spannen. Ich bitte das hohe Haus, sich auf den Boden der Vorlage zu stellen, wenn nicht die Landwirtschaft auf das Schwert gesetzt werden soll.

Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Staatsminister von Meissn: Ich erkenne an, daß in Sachsen 14 Proz. Landwirtschaft treiben; wenn diese aber Not leiden, ist es Pflicht, ihnen zu helfen. Die Landwirtschaft hat in Sachsen nur in einzelnen Distrikten guten Absatz. Die sächsische Regierung handelt nicht partikularistisch, sondern im Interesse des ganzen Reiches. Abg. Bebel hat gefragt, die sächsische Regierung beeinträchtigt die Rentabilität der Konsumvereine, indem sie die Gemeinden darauf hinweist, Umsatzsteuern zu erheben. Sobald sich die Steuern im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen befinden, kann die Regierung die Gemeinden überhaupt nicht auf der Bevölkerung verhindern. Die Regierung hat den Gemeinden stets ein Maßhalten mit dieser Steuer angetragen. Die Regierung erkennt den erzieherischen Wert der Konsumvereine durchaus an. Redner bestreitet in Weiteren das Vorhandensein eines eingesetzten Notstandes in Dresden, im Vogtland und im Erzgebirge unter dem Widerspruch der Sozialdemokraten.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Graf Arnim (RP): Ich habe den schmerzlichen Vorfall in Köln, den Herr Bebel vorgetragen hat, tief empfunden und nur die Frage an ihn gerichtet, ob der Vater das Geld vielleicht vertrunken hätte. (Vörm und Lärmen b. d. Soziald.) Ich bin erstaunt über seine Erregung und kann auch nicht finden, daß ich ihn provoziert habe. Ich sehe solche Fälle aus der Oberlausitz, wo der Vater läuft, während die Kinder hungern. In solchen Fällen, wo die Polizei noch nicht einmal einschreiten darf.

Prä. Graf Ballerstrem: Das ist nicht persönlich.

Graf Arnim (RP): Dann schließe ich mit dem Benecken, daß ich Herrn Bebel nicht in gleichem Maße erwidere will, um nur keinen Drang anstreben zu lassen.

Bebel (SD): Wenn der Abg. Graf Arnim die Stirn hat. (Vörm rechts; Glöckle des Präsidenten.)

Bü. Prä. Graf Ballerstrem bezeichnet diesen Ausdruck als unparlamentarisch.

Bebel: Wenn Herr Graf Arnim sich hier hinstellt und sagt, er habe gefragt, ob der Vater vielleicht den Sohn vertrunken hat, so ist das eine grobe Unmähigkeit. (Vörm rechts.) Sie haben keine Frage an mich gerichtet, Herr Graf, sondern Sie haben wörtlich gefragt: "Wahrscheinlich haben die Eltern das Geld vertrunken." (Vörm rechts.) Zustimmung links. (Stimme des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballerstrem: Nach dem stenographischen Bericht hat Herr Graf Arnim gesagt: „Der Vater hat vielleicht alles vertrunken.“

Graf Arnim (RP): Ich habe gesagt: „Hat der Vater vielleicht alles vertrunken?“ Ich habe das Wort wahrscheinlich nicht gebraucht. (Gebliebener Widerspruch links.) Ich habe nur etwas gefragt, um den Vorfall aufzulösen, nicht um ihn zu schützen. (Vörm links.)

Graf Schweinitz-Löwitz: Herr Bebel hat sich darüber gewundert, daß ich als Vorsitzender des Bundes der Landwirthe mit seinem Worte die Forderungen desselben vertreten habe. Erstens bin ich nur ein einfaches Mitglied des Bundes und zweitens habe ich sturzgelegt, daß es mit der Zwecksetzung der Bauern ebenso schlecht besteht, wie mit der Zwecksetzung der Regierung. Die ganze Landwirtschaft ist sich in allen entscheidenden Punkten einig. (Bravol rechts.)

Dr. Roedde (d. d. Landw.): Bebels Worte über meine Heimat im Bödecker Buch, wo ich den Namen Gottes anrief, überwarf ich gegenüber dem Bödecker Parteig. (Sehr gut! bei den Soz.) Dem Herrn Grafen von Schwerin gegenüber gebe ich zu, daß ich mich getröst habe, da er nicht den Vorwürfen des Bundes ist. Die Forderungen des Bundes aber hat er nicht erwähnt. Bezuglich des Grafen Arnim hat das stenographische Protokoll gezeigt, was er gesagt hat, und ich habe kein Werk hinzugefügt. Es bewundere nur die Stirn des Großen Arnim (Vörm rechts.)

Bebel (SD): Herr Roedde erwiderte ich, er möge meine Reden nachholen, dann wird er genug haben. (Sehr gut! bei den Soz.) Dem Herrn Grafen von Schwerin gegenüber gebe ich zu, daß ich mich getröst habe, da er nicht den Vorwürfen des Bundes ist. Die Forderungen des Bundes aber hat er nicht erwähnt. Bezuglich des Grafen Arnim hat das stenographische Protokoll gezeigt, was er gesagt hat, und ich habe kein Werk hinzugefügt. Es bewundere nur die Stirn des Großen Arnim (Vörm rechts.)

Prä. Graf Ballerstrem: Sie gebrauchen schon wieder einen

verschörgten, ließ sich plötzlich helles Trompetengeschmetter vernehmen.

Von einem glatten Abhange, auf dessen Höhe sich unabschbar der kaukasische Urwald dehnte, stieg eine steile Haarschaar hinab, wohl an die zweihundert Mann, alle bis an die Zähne bewaffnet, und jeder trug eine graue breitkempige Kappe.

Das ist Ghirai Nachali, der Suanenfürst, mit seinem Gefolge<sup>14</sup> rief Atalim und deutete auf einen stattlichen Reiter, der an der Spitze des Zuges sich befand und an Stelle der hellen Kappe einen blitzenden Helm mit Kreuz und Halsmond trug. Sein Ross war reich geschirrt und strohig von Gold und Silber.

Der Fürst lehrte mit seinem Gefolge eben von einem Jagdzug heim, der dem Zür (Auerochsen) gegolten. Sein Reiter war mit der langen Büchse und dem noch längeren Jagdpfeile bewaffnet und im Gürtel blieb der zweischneidige Kundschafter. Auch einige Frauen befanden sich in der Jagdgessellschaft.

Der Tag ging zur Rüste, und Atalim hielt es für das Richtigste, schon heute die Gastfreundschaft des Suanenfürsten — worauf Vladimir trotz Abraths des Läden bestand — in Anspruch zu nehmen.

Als der Jagdzug nahe gekommen, sprengten die Reisenden der glänzenden Kavalkade grüßend entgegen.

Brüder vom Stamm der Kabardiner begehrten die Gastfreundschaft des edlen Suanenfürsten Nachali!

"Und Dein Name?" wandte sich der Fürst, sein Pferd pararend, an Vladimir und musterte denselben mit durchbohrenden Blicken.

Krim Murid — ein Hauptling aus der Kabarda — dies hier Atalim, mein Diener!" antwortete Vladimir feh.

(Fortsetzung folgt.)

Auehend, der gegen die Ordnung des Hauses verstößt. Ich rufe Sie zum zweiten Male zur Ordnung.  
Nach weiteren verbindlichen Bemerkungen zwischen den Abg. Graf Arnim und Bebel, wobei auch Graf Arnim vom Präsidenten zur Ordnung gerufen wird, wird die Weiterberatung auf Freitag vertagt.

Schluss 7 Uhr.

## Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** Wegen des Händler-Ausstandes in Cadiz (Spanien) wird das erforderliche Brod durch Mannschaften des Heeres und der Marine hergestellt.

Neben einem schweren Bauunfall wird dem „Wolfschen Bureau“ aus Chemnitz berichtet: Bei dem Neubau des Polizeiarresthauses brach Donnerstag Nachmittag über dem dritten Stock aus noch unbekannten Gründen eine Klappe des Stahlbetongewölbes zusammen und durchschlug die übrigen Geschosse bis in den Keller. Sechs Arbeiter wurden mit in die Tiefe gerissen und verschüttet; drei sind tot, einer schwer, zwei leicht verletzt.

In Fürth ist ein sozialdemokratischer Antrag, die für die beiden untersten Klassen der Volksschule bereits eingeführte Lehrmittel-freiheit auf die dritte Klasse auszudehnen, abgelehnt worden und zwar im Hinblick auf die Finanzlage der Stadt, die eine Erhöhung der Umlage von 100 auf 145 Pf. in sichere Aussicht stellt. Die Wieder-aufhebung der Lehrmittel-freiheit, welche aus demselben Gesichtspunkt von liberaler Seite verlangt worden war, fand nicht die Zustimmung der Mehrheit.

**Bezeichnung „Streifbrecher“ eine Beleidigung!** Nach einer neuerlichen Entscheidung des Reichsgerichts ist die Bezeichnung Streifbrecher als strafbare Beleidigung zu betrachten. — Das Reichsgericht scheint also der Ansicht zu sein, daß die Handlung des Streifbrechens einen moralischen Vorwurf begründe. Damit werden die Streifenden ganz einverstanden sein.

Ihrer Mandate für verlustig erklärt wurden vom Kreisausschuß des Niederrheinischen Kreises vier sozialdemokratische Gemeindevertretete in Lüdenscheid mit der Begründung, daß die Ausschreibung der Wahlen j. Z. rechtsungültig gewesen sei, weil die Angabe, wieviel Angekommene (Haushälter) und Nichtangekommene zu wählen seien, gefehlt habe. — Warum sollen unsere Genossen für die Dummheit der Behörden büßen?!

**Die internationale sozialistische Konferenz**, die am 30. Dezember in Brüssel zusammentritt, wird, wie man von dort der „Frankf. Blg.“ drappt, die endgültige Konstituierung der internationalen sozialistischen Zentralstelle vollziehen, die Begründung eines periodischen Organs beauftragen und die Tagesordnung des 1903 in Amsterdam stattfindenden internationalen Sozialistenkongresses festlegen.

**Der Fall Bredenbeck.** Der Verein Dresdener Presse schloß sich der Protestresolution des Vereins Berliner Presse gegen die schimpfliche Behandlung unseres Genossen Bredenbeck von der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiterzeitung“ in Dortmund an. Dem Verein Berliner Presse soll dies in einem offiziellen Schreiben mitgetheilt werden. — Als seiner Zeit der Schriftsteller Steiger in Leipzig und der Redakteur Schulze von der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ der gleichen schimpflichen Behandlung der Fesselung unterworfen wurden, hatte sich der Verein Dresdener Presse nicht gerührt. Wenn die jetzt gemeldete Protestkundgebung eine Wendung zum Besseren darstellen sollte, so wäre das nur zu begrüßen.

Die „Arbeiter-Turn-Zeitung“, das Organ des

Arbeiter-Turnerbundes, tritt am 1. Januar 1902 in ihren 10. Jahrgang. Gleichzeitig wird sie von diesem Datum an monatlich zweimal erscheinen, anstatt bisher einmal. Hat die „Arbeiter-Turn-Zeitung“ von Anfang bis heute sich die Sympathie großer Arbeiter- und Turnertreize zu erworben verstanden, so ist zu hoffen und zu wünschen, daß in Zukunft sich dieses noch steigert. Die „Arbeiter-Turn-Ztg.“ zählt gegenwärtig 20 000 Abonnenten und wird monatlich in 22 000 Exemplaren verschickt. Die Geschäftsstelle der „Arbeiter-Turn-Zeitung“ befindet sich bei Hermann Rauch, Probsteihof bei Leipzig.

Als heimlich bezahlten Agenten des Bundes der Landwirthe hatte, wie wir s. B. meldeten, der „Vorw.“ wiederholt den Anhänger der Zentrumspartei Redakteur Bauer in Bonn bezeichnet und dabei ausdrücklich die Erwartung ausgesprochen, daß Bauer sich von diesem Vorwurf gerichtlich „reinigen“ werde. Bauer aber hat eine Klage gegen den „Vorwärts“ nicht angestrengt, obwohl auch Zentrumsblätter ihn dazu aufforderten. Bauer hat jedoch die verantwortlichen Redakteure unserer Parteiorgane in München und Köln, der „Münch. Post“ und der „Rhein. Blg.“, verklagt, weil sie behauptet hatten, daß Bauer ein treuer Sohn des Zentrums geblieben sei, obwohl er vor einem haben Dutzend Jahren sich dem inzwischen verstorbenen Redakteur Hirsch angeboten habe, in der sozialdemokratischen „Rhein. Blg.“ wirkungsvolle Artikel gegen das Zentrum zu schreiben. Die Gerichtsverhandlung fand am Dienstag vor dem Schöffengericht in Bonn statt. Der Redakteur der „Münch. Post“ bestritt zunächst die Zuständigkeit des Amtsgerichts Bonn, da zu der Zeit, als der Artikel in der „Münch. Post“ gegen Bauer erschien, in Bonn kein Exemplar des Blattes gehalten wurde. Sei nachträglich eine Bestellung erfolgt, so sei der Privatkläger Bauer selber der Bezieher. Der Gerichtshof erklärte sich jedoch für zuständig unter Berufung auf eine Auskunft des Postamts, daß im ganzen Monat Juni die „Münch. Post“ in einem Exemplar in Bonn gehalten worden sei. Es komme nicht darauf an, ob der Privatkläger das Blatt allein lese, sondern das Gericht führe darauf, daß auch andere Leute die Möglichkeit hätten, das betreffende Exemplar zu lesen. Der Anwalt des Klägers Bauer erklärte, daß Bauer sich über seine Stellung zum Bund der Landwirthe nicht anpassen lasse. Der Anwalt beantragte, daß eine Frage an einen Zeugen, ob dieser im Auftrage Bauers einen Saal in Köln für den Bund der Landwirthe gemietet habe, nicht gestellt werde. Der Zeuge Berichterstatter Biemann aus Köln bestand, daß er am 31. Juli d. J. einen Tag nachdem der in Rede stehende Artikel in der „Münch. Post“ erschienen war, eine Karte von Bauer mit der Anfrage erhalten habe, wo Hirsch wohne. (Hirsch war damals schon gestorben.) Der Zeuge Gilsbach, Verleger der „Rhein. Blg.“, bemerkte, vor 5 oder 6 Jahren sei ein Herr zu ihm gekommen, der sich als Chefredakteur Bauer von der „Rheinischen Volksstimme“ vorgestellt und seine Dienste angeboten habe. Zeuge habe ihn an den Chefredakteur Hirsch verwiesen. Arbeitsekreter (früher Redakteur der „Rhein. Blg.“) Hofsrichter, der lezte Zeuge, sagte aus, daß der verstorbene Chefredakteur Hirsch erklärt habe, Bauer habe ihm (Hirsch) Artikel gegen das Zentrum angeboten, was aber abgelehnt worden sei. Der Anwalt Bauers bewirkte, weder Gilsbach noch Hofsrichter hätten den Kläger persönlich gekannt. Es handele sich um eine Intrigue gegen Bauer oder um eine Mysterifikation. Demgegenüber betonte der Rechtsbeistand der Belegten, daß der Beweis der inkriminierten Artikel vollständig erbracht sei. Das Urteil sah den Beweis als nicht er-

bracht an, zog aber in Erwägung, daß die Belegten in gutem Glauben gehandelt hätten. Wuns die diesem Grunde sei von einer Gefangenstrafe abgesehen worden. Bei der Schwere der Beleidigung sei aber eine nachdrückliche Geldstrafe angemessen, die für jeden der Belegten auf 300 Mark festgesetzt wurde. Auch wurde Bauer die Befugnis zur Urtheilspublikation zugesprochen. — Gegen das Urteil wurde natürlich Berufung eingelegt.

## Aus Nah und Fern.

**kleine Chronik.** Das Schwurgericht in Benthien (Oberschl.) verurteilte Albert Decipka wegen Mordes an dem Oberschüler Liermann aus Polom (Kreis Lublin) zum Tode und seinem Vater Joseph Decipka wegen Beihilfe zu 15 Jahren Buchthaus. — Die Strafkammer in Gladbach verurteilte den 16jährigen Schuhmacherlehrling Josef Halster aus Hausdorf, der die Handelsfrau Anna Pfeffer ermordet und beraubt hat, zu 15 Jahren Gefängnis. — Beim Fußiller-Bataillon des 2. Garde-Regiments zu Fuß in Berlin ist durch Einbruch in die Schreibstube die Kompagnie-Kasse gestohlen worden. Ein Unteroffizier des Bataillons ist als der That verdächtig verhaftet worden. — Dienstag Nachmittag fand unter großer Theilnahme des Publikums in St. Ingbert die Beerdigung von 5 Opfern des Schachunglücks statt. Die Leichen der 17 Verschütteten sind nunmehr bis auf eine, die noch unter den Salzmassen liegt, geborgen, und 13 davon sind bereits zur letzten Ruhe bestattet. — Das Schwurgericht in Düsseldorf verurteilte den Polizei-sergeanten Heinrich Kern aus Obladen wegen Meineids, begangen vor der vorigen Strafkammer, zu 15 Monaten Gefängnis. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Es fiel strafmildernd ins Gewicht, daß sich der Beamte bei wahrscheinlicher Aussage selbst einer strafbaren Handlung beichtigt haben würde. — Im Gerichtsgebäude zu Duisburg erschöpfte sich der Kaufmann Moritz Meyer, nachdem er wegen Meineids zu zwei Jahren Buchthaus verurteilt war. — Ein Eisenbahnpersonal überfuhr nahe der Kreisstadt Schleiden den Wierpänner des Unternehmers Metzmann. Der Wagenlenker und ein Pferd wurden getötet, ein anderes Pferd schwer verletzt. Das Fuhrwerk wurde zertrümmert. — Verhaftet wurde der Kolporteur Eugen Winkler aus Alsbach bei Esslingen, der dringend verdächtig ist, die am 23. November in Stuttgart mit durchschnittenem Halse aufgefundenen Babette Wirth ermordet zu haben. — In dem Orte Sawierze bei Warshaw wurden 28 Personen von einem tollen Hund gebissen. Ein achtjähriges Mädchen ist bereits den Verlebungen erlegen.

**Kasernenscherze.** Vor dem Kriegsgericht zu Thorn hatten sich die Unteroffiziere Kruck und Ossowski von der 2. Kompanie des Infanterie Regiments Nr. 176 wegen Missbrauchs der Dienstgewalt zu verantworten. Sie hatten zwei Musketeire, um sich einen Scherz zu leisten, besohlen, nach der Handwerkerstube zu gehen und von dort sich „Weichselprügel“ zu holen. Als die Musketiere zurückkehrten, meldeten sie, sie hätten Prügel mit der Kloppepeitsche und dem Spannriemen erhalten. Zeigt befahl Kruck dem einen Musketier, er solle zurückgehen und sich für die erhaltenen Prügel bedanken. Als der Musketier dieser Anweisung folgte, erhielt er zum zweiten Mal Prügel. Der Gerichtshof war der Ansicht, daß die Angeklagten sich einen albernen Scherz erlaubt hätten, und betrachtete deshalb den Fall als „minder schwer.“ Die beiden Unteroffiziere wurden daher nur geringe Bestrafung, obgleich ein Missbrauch der Dienstgewalt für vorliegend erachtet wurde, sie erhielten je fünf Tage Arrest.



Die nächsten

## Weihnachtsgräte.

**Singer Nähmaschinen**

sind mustergültig in Construction und Ausführung.

**Singer Nähmaschinen**

finden unentbehrlich für Hausgebrauch und Gewerbe.

**Singer Nähmaschinen**

sind die meistverbreitet in Fabrik-Betrieben.

**Singer Nähmaschinen**

finden unübertroffen in Leistungsfähigkeit und Dauer.

Unentgeltliche Unterrichtskurse, auch in Moderner Kunststicke.

**Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.**

20 Sandstraße Lübeck. Sandstraße 20.

Welt-Ausstellung

Paris 1900

Grand Prix

häufige Auszeichnung.

XXXXXX

## Spielwaren und Puppen

Sowie alle Puppenartikel, Puppenstuben u. -küchen, Kaufläden, Festungen, Speicher u. Puppen- und Kindermöbel, Babyschuhgitter, Roll- u. Schaukel-pferde, Block-, Sport- und Puppenwagen, Anker-Steinbunkästen, Turnergeräte, Spiele u. Bilderbücher, Kinderpulte, Schultornister u. -taschen.

Lübeck

**C. Bliesath Wwe., 9 Sandstraße 9.**

XXXXXX

Das Lagerhaus u. Speditions-Geschäft

**Fischergrube 52**

empfiehlt sich zum Lagern und Nachsenden aller Gegenstände prompt u. billig.

**Schöne Berger Zahnheringe**

2 Stück 10 Pf.

empfiehlt Georg Klefe, kleine Altersfälle 10.

**Rum, Cognac**

in Flaschen, empfiehlt

**P. Höppner, Alsfstr. 11.**

**Goldene u. silb. Uhren**

gut und billig.

**L. S. Baruch,** Handelsgefäße

Alsfidienstraße 35.

**Allerleiße Tafelbutter**

Pfund 1,25 Mark.

empfiehlt

**Hofbutter**

Pfund 1,15 Mark

empfiehlt

**Th. Storm, Königstraße 98.**

Telephon 453.

## Speise-Hallen „Hansa“

Fischstr. 21. Sonn- u. Wochentags geöffnet. Fischstr. 21.

Grosse bequeme Speisesäle. Parterre und I. Etage.

Zäglich großer bürgerlicher Mittagstisch von 11 1/2—2 1/2 Uhr, à Person 40 und 50 Pf.

Abendlich von 6 Uhr an, à Person 40 und 30 Pf.

Kalte u. warme Speisen den ganzen Tag. Warmes Frühstück von 8 Uhr an.

Ausschank ff. Tafel- und Lagerbiere, Caffee, Thee, Cacao, Bouillon u. s. m.

**Central-Hallen** Jeden Sonntag: **Gr. Tanz** in beiden

Aufgang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.

Heute Sonntag:

**Grosser Ball.**

Entree frei. Christian Jess.

## Wall-Halle.

empfiehlt mein großes Lager gut gearbeiteter Wohnungs-Einrichtungen

zu billigen Preisen.

**Folckers' Möbel-Magazin**

25 Marlesgrube 25.

## Fahrräder

und

Reparaturen aller Systeme.

Mäntel 7,50, Schläuche 4,00, Del-Paternen 1,50, Acetylten-Paternen 3,50, Garbid 70 Pf. per Kilo, alles übrige zu den

billigsten Preisen.

**E. Bentheim, Mechaniker, Fackenburger Allee 53.**

Empfiehlt meinen

**Rasier-, Frise- u. Haarschneide-Salon.**

Haare 10 Pf., Haarschneiden 30 Pf.

Keine Gehirungs-Sedierung.

**G. Boysen, Schmied. Allee 71a.**

Gas Drägerstraße.

Uhren reinigen 1,50 M.

Federn einsetzen 1,00

1 Jahr Garantie

Uhrgläser, I. Qualität

30 Pf.

**Max Dawatz, Uhrmacher u. Optiker**

Hüxstrasse 16.

Lübeck  
Breitestr. 33

# Weihnachts-Ausstellung 1901.

## Riesen-Bazar

Lübeck

Breitestr. 33

Puppen, Spielwaren aller Art.

### Puppen

gekleidet, 5, 10, 25 bis 12,00 Mf.  
-Kümpfe 25, 50 bis 300 Pfg.  
Puppen-Köpfe 10, 20 Pfg. bis 3,50 Mf.  
Puppen-Arme, -Schuhe, -Strümpfe, -Hüte.

Inh.: Pietro Cagna.  
Größte und vortheilhafteste Bezugsquelle für  
und Korbwaren und sämtliche Haushaltungs-Artikel.

Nadelpferde, extra groß, 10, 20 Pfg. bis 3,50 Mf.

Schaukelpferde 3,50, 4,25 bis 18,00 Mf.

Wagen mit Pferd 50, 60 Pfg. bis 6,00 Mf.

Reiterwagen u. Schubkarren v. 50 Pf. b. 10 Mf.

Bleisoldaten, Trommeln, Kreisel, Schlottern.

Eaterna Magica 50 Pfg., 1,00 Mf. bis 8,50 Mf.

Gesellschaftsspiele 50 Pfg., 1,00 bis 4,50 Mf.

Handwerks- u. Makkasten 0,50, 1,00 bis 4,00 Mf.

Makkasten u. Regel 10, 25 Pfg. bis 4,00 Mf.

Richter's Anker-Steinbaukästen 0,50 b. 8,00 Mf.

— Puppenstuben. — Läden. — Festzüge. — Puppenwagen. — Sportwagen. — Triumphfahrt. —

Christbaumschmuck!

Kasse-service, 3,00 bis 20,00 Mf.

Chservice, 7,75 bis 60,00 Mf.

Liquerservice, 1,80 bis 8,00 Mf.

Für Wiederverkäufer und Händler billigste Einkaufsquelle.

Glasklugeln, Früchte — Berlin auf Schnur 50 Stück 25 Pfg.

Carton 15, 25 Pfg. bis 2,00 Mf. Baumkerzen nur 30 Pfg. Carton.

Empfehlung noch als passende Weihnachtsgeschenke:

Rauchtische, 2,75, 3,50 bis 12 Mf. Schirmständer, 2,50, 2,75 bis 8 Mf.

Rauchservice, 0,50, 1 bis 4 Mf. Säulen, 3,00, 3,50 bis 6 Mf.

Tische, 3,00, 3,25 bis 12,00 Mf. Figuren, 0,75, 1,00 bis 3 Mf.

— Vereine erhalten bei Einkauf zur Bescherung extra Rabatt.

Christbaumschmuck!

## UhrenallerArt



Alte Gold- und Silbersachen  
nebne in Zahlung.  
Reparaturen prompt und billig,  
unter 1 jähriger voller Garantie.

Uhrgläser von 20 Pfg. an.

Johannes Probst,  
Große Burgstraße 53.

Übertrifft in Qualität und Preisen sind meine  
Herren-Garderoben  
und Arbeiter-Artikel.  
Winter-Paleotto's . . . . . von 8,75 zu  
Loden-Jacken . . . . . 2,50 . . .  
schwere Jacken mit Futter . . . . . 4,75 . . .  
Herren-Anzüge in Budslin . . . . . 8,75 . . .  
Leder-Hosen . . . . . 1,95 . . .  
Zwir-Hosen . . . . . 1,50 . . .  
Budslin-Hosen . . . . . 2,50 . . .  
blaue Maschinen-Hosen . . . . . 0,98 . . .  
Del-Röcke . . . . . 4,68 . . .  
Sachsen-Jaden, Röken, Kittel u. Aus-  
rüstungen für alle Gewerke, sehr billig.

Lübeck Otto Albers 10.

Sir bitten, die Weihnachts-  
Aufträge baldigst in Bekleidung  
zu geben. Gebr. Coujad  
Photograph. Atelier, Breitestrasse 35  
(Konzerthaus gegenüber)

## Club Fidelitas.

Veranstaltungs-Abend  
am Montag den 9. Dezember

Abernd 9 Uhr im Club-Lokal (Central-Hallen).

Zuges-Ordnung:  
1. Abegang. 2. Verschiedenes.  
NR. Am 25. December (1. Weihnachts-  
tag) Weihnachtsbank für die Kinder  
(Concerthaus Fidelitas).

## Offizielle Mitglieder- Versammlung

Bauarbeiterverbandes  
Zahlstelle Fackenburg  
am Dienstag den 10. December

Zuges-Ordnung:  
1. Aufstellung neuer Mitglieder.  
2. Berichterstattung von der Lehrveranstaltung  
und Fortbildung.  
3. Aufgaben.

## Die Original Frister & Rossmann Nähmaschinen

sind infolge ihrer unübertroffenen Leistungsfähigkeit und Dauerhaftigkeit die besten  
Nähmaschinen für Hausgebrauch und Gewerbe.

**Frister & Rossmann Nähmaschinen**  
und Fabrikate ersten Ranges, aus dem besten Material mit größter Akkuratesse her-  
gestellt, sorgfältig justiert und eingenäht.

**Frister & Rossmann Nähmaschinen**  
zeichnen sich aus durch schnellsten, spielend leichten, ruhigen Gang, sowie einfachste  
Handhabung und sind fast keiner Übernutzung unterworfen.

**Frister & Rossmann Nähmaschinen**  
haben sich während des mehr als 30jährigen Bestehens der Fabrik einen Weltruf er-  
worben, welcher die sicherste Bürgschaft für ihre Vorzüglichkeit bietet und eignen sich  
daher die

**Frister & Rossmann Nähmaschinen**  
als nützlichstes und schönes

## Weihnachts-Geschenk.

Berkauf zu Original-Preisen:

Sandstraße 14. Lübeck. Sandstraße 14.

Theilzahlung gestattet.

## Arbeiter-Radfahrer-Verein Lübeck

## Gr. Gala-Saalfest

verbunden mit Kunst- und Reigenfahren

am Sonntag den 8. December

im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.

Lokalöffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr. Eintritt 60 Pfg.

Um 10 Uhr:

Grosser humoristischer Radfahrer-Circus mit lebenden Bildern.

Radfahrer: Herr Albert Dietzel und Frau nebst ihrem Sohn Alfons aus Altona.

Das Comitee.

Verband der Fabrik-, Land-, Hülfearbeiter  
und Arbeiterinnen Deutschlands.

(Zahlstelle Lübeck)

## Einladung zum

## Weihnachtsfest

verb. mit Kinder-  
bescheerung u. Ball

am Sonntag den 15. December

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Anfang 5 Uhr. Ende Morgens. Bescheerung 5—7 Uhr.

Späterkommende können nicht berücksichtigt werden.

Eintrittspreis 60 Pfg., wofür eine Dame frei.

Extra-Damenlätze 20 Pfg.

Das Comitee.

Karten sind zu haben bei A. Stolle, Vereinshaus, J. Becke, Lederstraße, den Boten  
und Comitatemitgliedern.

NR. Die Collegen und Colleginnen von Zudenburg und Schluß sind hierzu freudlichst

eingeladen.

Gute Speisebutter

Bind 1,05 und 1,10 Mf.

Th. Storm, Königstraße 98.

Telephon Nr. 473.

M. Lahrtz, Sötherstraße.

Telephon Nr. 473.

Centralverband der Handels-,  
Transport- u. Verkehrsarbeiter  
Deutschlands. Zahlst. Lübeck.

## Mitglieder- Versammlung

am Sonntag den 8. December

Nachmittags 4 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Zuges-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Stelling.

2. Die Durchführung des 8 Uhr-Labenschlusses

und der Sonntagsruhe.

3. Verschiedenes.

Die Kollegen werden um zahlreiches Er-  
scheinen erjucht

Der Vorstand.

## Achtung! Kohlenarbeiter!

## Mitglieder- Versammlung

am Montag den 9. December

Abends 8½ Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50/52.

Zuges-Ordnung wird in der Versammlung be-  
kannt gemacht.

Der Vorstand.

## COLOSSEUM

Jeden Sonntag:

## Große freie Tanzmusik.

Anfang 4 Uhr.

W. Dassler.

## Friedrich-Franz-Halle

Morgen-Sonntag:

## Großes freies Tanz-Kräntchen

im decorirten Saal.

Freier Eintritt. Freier Tanz.

L. Lübke.

## Louisenlust.

Morgen-Sonntag:

## Große Tanz-Musik.

W. Goe.

## Neu-Lauerhof.

Tanz-Kräntchen.

## Concerthaus Flora

Morgen-Sonntag:

Tanzkränzchen.

Anfang 4 Uhr.

Max Siems.

## Gesellschaftshaus Möllershof.

Morgen-Sonntag:

Tanzkränzchen.

# Zweite Beilage zum Lübecker Volksboten.

Spätau, den 4. Dezember 1901

8. Jahrgang.

287

## Reichs- und Landesfinanzen.

saz. Gleichzeitig mit dem neuen Zolltarif drängt sich die Frage einer Steuerreform im Reiche und in den Bundesstaaten in den Vordergrund der politischen Diskussion, sowohl in den parlamentarischen Körperschaften wie in der Presse. In Bayern, in Württemberg, in Sachsen, um nur die wichtigsten Bundesstaaten hervorzuheben, stehen Steuerfragen im Vordergrunde der öffentlichen Diskussion. Während die einzelstaatlichen Finanzminister nach der „Probarmethode“ neue Steuerquellen suchen, meldet man aus dem Reichsschäfthamte, daß ein großes Defizit den Reichstag charakterisieren werde. Man wird es im Etat möglichst zu verschleiern suchen, aber man kann es nicht mehr aus der Welt herausdichten. Die Finanzzellen wissen ganz wohl, besser als wir Zeitungsmenschen, daß das Reichsdefizit groß ist, größer ist, als es den Reichsböten zugestanden wird, und daß es während der Dauer der Wirtschaftskrise ständig steigen wird. Es muß steigen, denn Militarisimus und Marionismus schränken ihre von Jahr zu Jahr anwachsenden Ansprüche auch während der Krisenperioden nicht ein, sie fordern wie Moloch von Jahr zu Jahr steigende Opfer, ob das Volk hungert, ob die Geschäfte stillstehen, ob die Arbeitslosigkeit schlimmer wie die Pest das Land verheert. Auf den engen Zusammenhang der einzelstaatlichen Finanzwirtschaft und der des Reiches muß heute mehr denn je hingewiesen werden, denn die Schuld des Finanzelends liegt zum nicht geringsten Theile in der von den „verbündeten Regierungen“ beliebten Politik. All die kleinen und die mittleren Finanzzellen von Reich bis zu Bayern rufen nach der Reichsfinanzreform, die Wunder wirken solle. Dabei thun diese Herrschaften so, als ob nicht mit ihrem Einverständnis Herr v. Thielmann erklärt hätte, wir können unsere Milliardenlotterie ohne neue Lasten für das Volk und die Einzelstaaten bauen. Es muß auch heute betont werden, daß die einzige aussichtsvolle Finanzreform in der energischen Beschneidung der unproduktiven Ausgaben des Reiches besteht.

Doch wir wollen heute nur zeigen, wie eng Reichs- und Staatsfinanzen mit einander zusammenhängen. Wenn wir in den folgenden Ausführungen dem Leser auch nichts Neues sagen, so doch für die Mehrheit unserer Leser, auch für die „gebildeten“, nichts Überflüssiges, sind doch die Beziehungen zwischen Reichs- und Landesfinanzen so kompliziert, daß nur wenige sich darüber ganz klar sind. Wir wollen das wichtigste in kleinen Abschnitten zusammenfassen.

**Die Entwicklung der Reichsfinanzen.**  
Jeder Private hat die oft sehr verfluchte Pflicht, die Ausgaben seines Haushaltes nach der Höhe seiner sicheren Einnahmen einzurichten, die Staaten, und hier in erster Linie das Reich, richten ihre Wirtschaft nach den entgegengesetzten Prinzipien ein, sie richten die Einnahmen nach den Ausgaben. Wohl hat das deutsche Reich eine Reihe gesicherter Einnahmen, deren annähernde Erträge vorauszusehen sind, aber diese Einnahmen genügen fast nie zur Deckung der Reichsauslagen und sie sind immer mehr ausschließlich für Reichszwecke verwendet worden, obgleich ein Theil stets an die Einzelstaaten abgeführt werden sollte. Bismarcks Absicht war es gewesen, dem Reichstage das Budgetrecht so gut wie gar nicht zu geben. Der Bund sollte gemeinsame Einnahmen an den Böllen, Verbrauchsabgaben und Postüberschüssen haben und diese sollten dazu dienen, die gemeinsamen Ausgaben für das „Kriegs-, See- und Konsulatwesen“ zu decken. Für Heer und Marine sollten Normalabzüge festgesetzt, die Kosten des Bundeskanzlers und der diplomatischen Vertretung des Reichs von Preußen getragen werden. Dreijährige Legislaturperioden waren vorgetragen; von Bundessteuern, Bundes Schulden, von einem Budgetrecht, von einer Bundesfinanzverwaltung war keine Rede in Bismarcks erstem Entwurf einer Bundesverfassung (1865).

Der konstituierende Reichstag (1867) hat Bismarcks Wünschen in Hinsicht auf das Finanzwesen wenig Rechnung getragen. Die einjährigen Etatsperioden wurden festgelegt und die Finanzwirtschaft des Bundes von der der Einzelstaaten durch Schaffung einer selbstständigen Bundes-Finanzwirtschaft getrennt, der Gedanke einer bloßen Abrechnung zwischen Preußen und den anderen Bundesstaaten ließ sich nicht anfrecht erhalten, wenn es auch bis zum heutigen Tage an recht sonderbaren Abrechnungen nicht fehlt. Damit kommen wir zu sprechen auf die

### Matrikularbeiträge.

Der konstituierende Reichstag bestimmte, daß Matrikularbeiträge<sup>\*)</sup> zu erheben sind, „solange Bundessteuern nicht eingeführt sind.“ Unter Matrikularbeiträgen versteht man in Bundesstaaten Beiträge oder Zuschüsse der Staatsglieder an die Zentralmacht zum Zwecke der Erfüllung gemeinsamer Ausgaben. Sie bilden im Deutschen Reiche die Basis, um das Gleichgewicht des Etats darzustellen, sie bilden eine Art Kopfsteuer, denn der Umfang der Beitragspflicht wird nach der Kopfszahl der Bevölkerung der Einzelstaaten festgestellt, wobei die verschiedenen starken wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Bundesstaaten, so der Hansestädte und der thüringischen Herzogtümer unberücksichtigt bleibt. Die Höhe der Matrikularbeiträge wird vom Bundesrat und Reichstag im Etat festgestellt, dann vom Reichsanziger ausgeschrieben und eingezogen, soweit nicht im Verrechnungsweise Ausgleichungen stattfinden. Kompliziert werden die Abrechnungsverhältnisse durch die Partikularrechte der süddeutschen Staaten und des Reichslandes auf finanziellem Gebiete (Biersteuer, Post- und Telegraphenweisen).

Solangen die fünf Milliarden Frankreichs in die Reichskassen fließen und einige Jahre nachher machten die Matrikularbeiträge keine Sorgen. Als aber die französische

Kriegsentschädigung verbraucht war, wuchsen infolge der starken Militärausgaben die Matrikularbeiträge sehr stark. Es scheinen da nur zwei Wege offen zu sein, die Matrikularbeiträge weiter zu steigern und die Lasten des Reiches ganz auf die Einzelstaaten zu legen, oder, dem Vorlaute der Reichsverfassung entsprechend, die Matrikularbeiträge abschaffen und sie durch Reichssteuern zu ersetzen. Man verzichtete aber auf nichts, man behielt die Matrikularbeiträge, extrakte aber daneben Reichszölle und führte neue Reichssteuern ein, änderte somit, wenn auch nicht formell, die Reichsverfassung. Das war im Jahre 1879, in dem denkwürdigen Jahre des vollzogenen Umschwungs der Bismarckischen Zollpolitik, des Überganges vom gemäßigten Freihandel zum Schutzoll. Die Zölle wurden erhöht, die Tabaksteuer beantragt, dem Reich sollten somit große Geldsummen regelmäßig und unabhängig von der Genehmigung des Reichstages in die Kassen fließen. Bismarck schien sich gegen eine Nichtbewilligung des Etats durch den Reichstag sichern und so für die beliebige Verwendung der reichen Zollerlöse zu Gunsten des Heeres vorbauen, endlich die Unabhängigkeit des Reichs von den Einzelstaaten stärken zu wollen.

Der Reichstag hatte zwar eine schutzöllerische Mehrheit, aber das Zentrum war noch nicht vollkommen dargestellt, so konnte Bismarck zwar den zollpolitischen Umschwung durchsetzen, nicht aber seine Nebenwünsche erfüllen. Der Reichstag machte die Annahme der Zoll erhöhung und der neuen Tabaksteuer abhängig von der

### Frankenstein'sche Klausel.

Dieselbe hat den folgenden Wortlaut:

„Derjenige Ertrag der Zölle und der Tabaksteuer, der die Summe von 130 Millionen Mark in einem Jahre übersteigt, ist den einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe der Bevölkerung, mit welcher sie zu den Matrikularbeiträgen herangezogen werden, zu überweisen.“

Später wurde diese Bestimmung ausgedehnt auf die Reichsstempelabgaben von Aktien, Schuldbeschreibungen u., dann auf die Verbrauchsabgabe von Branntwein. Die Summe von 130 Millionen Mark ist vom Jahre 1893 ab immer erhöht worden, so z. B. auf 167½ Millionen Mark im Jahre 1897/98 (Liebersche Reichsfinanzreform, hierüber später genauer). Es finden somit Ueberweisungen des Reiches an die Einzelstaaten auf Grund der Frankenstein'schen Klausel und Ueberweisungen der Einzelstaaten an das Reich (Matrikularbeiträge) auf Grund des Artikels 70 der Reichsverfassung statt: Ein künstliches Verrechnungssystem verwirkt den . . . wirklichen finanzwirtschaftlichen Sachverhalt (Ad. Wagner).

### Verhältniß von Reich zu den Einzelstaaten.

Reichssteuern, deren Ertrag den Einzelstaaten gänzlich entzogen sind, und die unmittelbar und vollständig zur Deckung der Reichsausgaben verwendet werden<sup>\*\*)†</sup>, sind: die Zölle, die innere Salz-, Zucker-, Tabak-, die Branntweinsteuer (seit 1887), die Biersteuer, die Stempelsteuer für Wechsel, Wertpapiere, Lotterieloope, Spielfarten, die statistischen Gebühren im auswärtigen Waarenverkehr, dann im norddeutschen Brauereigebiet (mit Einschluß von Hessen), die Biersteuer, für deren besondere Erhebung, wie für die eigenen Erträge des Post- und Telegraphenwesens besondere Beiträge (Auerßen) von den betreffenden süddeutschen Bundesstaaten an die Reichskasse zu entrichten sind.

Die Verwaltung und Erhebung der Zölle und Reichssteuern ist — unter Reichsaufsicht — Sache der Einzelstaaten, die hierfür bestimmte Entschädigungen erhalten.

Nur der wirkliche Überschuß von Ueberweisungen aus Reichssteuern an die Einzelstaaten über die allgemeinen Matrikularbeiträge dieser Staaten ist ein voller Anteil derselben an den Reinerträgern der Reichssteuern. Dieser Überschuß ist aber öfters nicht vorhanden oder er ist nur klein, häufig, wie in neuester Zeit wieder, sind auch die Matrikularbeiträge größer, wo dann in Wirklichkeit die Einzelstaaten aus ihren eigenen Reinerträgern, eventuell also auch aus ihren Landessteuern, dem Reiche finanzielle Hilfe leisten müssen.

In Wirklichkeit ist das Verhältniß das folgende:  
Im Ueberweisungen Matrikularbeiträge Einzelstaaten von der Finanz des Reichs an die Einzelstaaten Reichskasse erhalten (+), jahr die Einzelstaaten an das Reich an dieselbe zahlten (-)

1872	—	94 373 000	— 94 373 000
1875	—	66 969 000	— 66 969 000
1880	68 023 000	81 671 000	— 25 265 000
1884	105 027 000	84 445 000	+ 20 582 000**
1889	355 034 000	228 183 000	+ 126 901 000†
1892	358 925 000	327 360 000	+ 21 565 000
1893	238 759 000	380 064 000	+ 41 305 000
1897	433 115 000	419 899 000	+ 13 216 000
1898	467 586 000	554 859 000	+ 12 727 000
1899	476 738 000	489 954 000	+ 13 266 000
1900	514 940 000	527 662 000	+ 12 722 000

Dass derartige Unregelmäßigkeiten zwischen Ueberweisungen und Matrikularbeiträgen noch weit mehr die Finanzwirtschaft aller 25 Einzelstaaten stören wie die des Reiches, liegt klar zu Tage; je mehr für unsere Reichsverfassung das System des Zoll-Baukurses gilt, desto schwächer muss es den einzelstaatlichen Finanzministern werden, desto unsicherer ist der Stand ihres Budgets, desto schwerer lässt es sich vorausberechnen. Die Schwierigkeit wird weiter gesteigert durch das Richtzusammenfallen der Dauer des Reichstags und der einzelstaatlichen Budgets.

In einer Hinsicht, freilich in einer ganz nebenstehlichen, liegen die Verhältnisse zwischen Reich und Einzelstaaten nicht so ungünstig, als man nach dem Vorlaute der geistlichen Bestimmungen erwarten sollte. Zunächst haben die Einzelstaaten die Zölle und Abgaben für Rechnung des Reiches

zu erheben und ihren Zentrallandeskassen zuzuführen, dann die Gelder nach Abzug der Erhebungsvergütung an die Reichskasse abzuliefern, die den ihr auf Grund der Frankenstein'schen Klausel gehörenden Anteil behält und den Überschuss nach der bei der letzten Volkszählung festgestellten Kopfszahl an die Einzelstaaten verteilt und jeder Landeskasse den ihr zufallenden Beitrag überweist; darauf sendet jede Landeskasse wieder den von ihr zu entrichtenden Matrikularbeitrag an die Reichskasse zurück und endlich empfangen die Staaten, welche auf Reichskosten eine Verwaltung, namentlich eine eigene Militärverwaltung und Grenzollverwaltung führen, die dafür erforderlichen Beiträge aus der Reichskasse nochmals zurück. In Wirklichkeit wären die Abrechnungen mit Baden und dem Reichsland, vor allem aber mit Württemberg und Bayern noch komplizierter, wie wir sie hier nach Loband geschilbert haben. In der Praxis gestalten sich die Verhältnisse durch gegenseitige Abrechnung und durch Anweisung der Differenzen durch die Reichsbank viel einfacher. Daneben kommen auch, wie der bayrische Finanzminister Riedel erst unlängst versicherte, öfters Vorschüsse der Einzelstaaten an die Reichskasse vor.

### Reformpläne.

Es gibt kaumemanden im Reiche, der nicht das finanzielle Verhältniß zwischen Reich und Einzelstaaten für ein durchaus ungesundes halten würde; man kann sagen, daß die Frage der Reichsfinanzreform immer auf der Tagesordnung gestanden hat. Zahlreiche Vorschläge wurden von Berufenen und Unberufenen gemacht, aber bisher konnte an dem durch § 70 der Reichsverfassung und durch die Frankenstein'sche Klausel geschaffenen Zustand nichts Erhebliches geändert werden, eine Einigung der vielen einander entgegengestehenden Interessen war nicht zu erzielen. Selbst die Parteien, die — wie wir nicht — gegen die Grundlagen des Reichseinnahmewesens — indirekte Besteuerung — nichts einzuwenden hatten, standen den Plänen, die meist mit dem Namen Meissner verknüpft waren, fühl gegenüber, weil die Verminderung des Budgetdefizites des Reichstages mit den Reformplänen stets verknüpft war. Was an Reformen noch zu stande kam, entsprang der Initiative des Reichstages und nicht den Talenten des Reichsschäfthamtes oder des Bundesrates. Seit 1896 wird von Jahr zu Jahr über die Verwendung von überschüssigen Reichseinnahmen zur Schuldentilgung Beschuß gefaßt, somit werden die für die Ueberweisungen verfügbaren Summen nicht mehr völlig zur Vertheilung an die Einzelstaaten bestimmt, sondern teilweise zur Tilgung von Reichsschulden, teilweise auch zur Erhöhung der durch die Frankenstein'sche Klausel dem Reiche reservierten Summe von 130 000 000 Mark pro Jahr. Dieser alßjährlich vom Reichstage neu zu beschließende Modus wird, nach seinem Urheber, Lieberscher Reichsfinanzreformplan genannt. Mit demselben hatten sich die Regierungen eine Zeitlang zufriedengestellt. Es ist aber völlig begreiflich, wenn gegenwärtig aus Berlin und München, wie aus den Finanzministerien aller anderen Einzelstaaten der Ruf nach der Reichsfinanzreform erthönt, denn es spricht alles dafür, daß die Lieberschen Ideen, die G. v. Meissner und A. v. Wolff-Metternich eine „Fahrtklararbeit an den Reichs-Finanzen“ nennen, nunmehr ihre Wirkung verloren haben. Die Liebersche Idee konnte nur entstehen und ließ sich nur verwirklichen in Zeiten der Prosperität, wenn die den Einzelstaaten zustehenden Ueberweisungen die Matrikularbeiträge überstiegen. Man kann aber für die mageren Jahre nicht sparen, wenn die setten vorüber sind. Deshalb der Ruf nach der Reichsfinanzreform!

Über ihre Notwendigkeit sind alle einig, aber über die Mittel herrscht der größte Widerspruch, selbst der bayrische Finanzminister ist mit den in Berlin ausgegebenen Plänen nicht einverstanden. Herr v. Riedel ist für die Erhöhung der Tabaksteuer, Graf Posadowsky und Herr Thielmann für die Erhöhung der Biersteuer. Die Unklarheit der Lage wird gesteigert durch die Ungewissheit über die künftigen Zollerlöse, die doch, dem Himmel sei's gelagt, die Grundsage unserer Reichsfinanzen bilden.

Unserer Meinung nach müßte bei der Reichsfinanzreform mit einer energischen Verbneidung der Ausgaben begonnen werden; man zähmt aber bei allen Vorschlägen das Pferd vom Schwanze auf, man dockt an den Einnahmen herum, ohne je von den Grundlagen unserer Einnahmewirtschaft, den indirekten Steuern, auch nur um Haarsbreite abweichen zu wollen.

Wir wollen diese etwas lang gerathenen Ausführungen mit den treffenden Worten des längst verstorbenen französischen Finanzministers Baron Louis an seine Kollegen schließen:

Faites moi de la bonne politique et je vous ferai de bonnes Finances. (Machen Sie mir gute Politik, ich werde Ihnen dann gute Finanzen machen.)

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Im Reichstage wird der Etat vor den Weihnachtsferien nicht mehr zur Beratung gebracht. Das ist das Ergebnis einer Besprechung, die der Seniorenbund Freitag Mittag gehabt hat. Die Ferien sollen Ende nächster Woche eintreten. Der Arbeitsplan für die noch ausstehenden acht Sitzungstage ist, wie folgt, festgelegt worden: Montag kommt die Interpellation Arndt (N.P.), betreffend die Kriegsinvaliden. Dienstag die Interpellation der Polen wegen der Wreschener Vorfälle zur Beratung. An den übrigen Tagen der nächsten Woche soll die Zolltarifberatung fortgeleitet und zu Ende geführt werden. Auch das Branntweinsteuergesetz kommt demnächst erst nach Neujahr zur Beratung.

Der standolose Zwischenruf des Grafen Bentin in der Reichstagsitzung am Donnerstag in der konserватiv-agrarischen Presse ungeheuer peinlich. Das Organ des

<sup>\*) Unter Berücksichtigung der Frankenstein'schen Klausel.</sup>

<sup>\*\*) Das erste Jahr, in dem das Reich Ueberweisungen macht. Dann 1888—1892 inf. 1895—1898 inf., sonst waren die Matrikularbeiträge höher.</sup>

<sup>†</sup> Höchste Ueberweisung.

<sup>\*) Das sonderbare Wort kommt von Matthei (Beretanus, Rotterus), nach der die Beiträge eingehoben werden. Das Wort ist die Fürrichtung ist ein Erbteil des heiligen römischen Reiches deutscher Nation.</sup>

Bundes der Landwirthe macht den naiven Versuch, die Gemüthsleistung des Grafen tot zu schweigen, und die „Kreuzzeitung“ nennt in ihrer Verlegenheit den Zwischenruf nicht und erwähnt den Zwischenruf nur in den persönlichen Bemerkungen. Das beweist, daß auch diese Blätter den Steinungsversuch des Grafen als mißlungen betrachten.

**Parlamentarisches.** Ein 5122 Petitionen umfassendes Petitionsverzeichnis ist der Reichstagsabgeordneten mitgetheilt worden. Petitionen gegen den Zolltarif sind darin noch nicht enthalten. 211 Petitionen mit 268798 Unterschriften richten an den Reichskanzler das Ersuchen, „alle friedlichen Mittel zur Beendigung des Burenkrieges anzuwenden“. — Zum Vorsitzenden der Zolltarifkommission soll Abg. Spahn (B.) gewählt werden. — Die Interpellation über den Breisacher Fall, die im Reichstage eingebracht ist, trägt 63 Unterschriften, und zwar von 14 Hohen, 38 Zentrumsmitgliedern, 3 Welfen und 8 Essa.-Wöhringern. — Die zweite und dritte Abtheilung des Reichstages erklärte die Wahl Krupp (Zentrum, 2 Koblenz) für gültig. — Die siebente Abtheilung des Reichstages hat Mittwoch die Wahl des Abg. Gothein (frei. Vereinigung, 2. Stralsund) geprüft und, da ein Protest von konservativer Seite vorgelegen hat, die Wahlaussetzungskommission überwiegen.

**Deutsche Kolonialwirtschaft.** Wenn man die Schriften unserer Kolonialferien liest, so erhält man leicht den Eindruck, daß überhaupt erst mit dem Eintritt des Deutschen Reiches in die Reihe der Kolonialmächte, die Verwaltung unzivilisirter Gebiete in die richtigen Bahnen geleitet ist. Der preußische Lieutenant und Referendar, das sind die Helden, die der Welt zeigen, wie man es macht! Pyramide Kerls, die ohne alle Vorstudien so ein Land von der Größe des Deutschen Reichs dort drüber hernehmen und im Handumdrehen „Ordnung schaffen“, allein durch ihre Schneidigkeit. Im Vergleich zu ihnen sind die speziell geschulten englischen Kolonialbeamten elende Stümper. So sieht man es. Einen Beweis für die schneidige Art der Verwaltung haben wir jetzt wieder vor uns: Dem Reichstage ist eine Übersicht der Einnahmen und Ausgaben der Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1899 zugegangen, ein Schriftstück, das uns darüber belehrt, wie die Herren in Afrika mit den Großen der Steuerzahler wirtschaften.

Da ist die Rechnung für Amerika. Nach dem Etat balancieren Ausgaben und Einnahmen mit 1713400 Mark. Mehr als die Hälfte der Einnahmen, 983400 Mark, liegen dabei aus dem Säckel der Steuerzahler, als Reichszuschuß. Nun ist mehr vereinnahmt worden, als im Etat vorgeschrieben war, nämlich rund 2147000 Mark. Man dürfte also erwarten, daß von dem Reichszuschuß dieje Mehreinnahme von 455700 Mark erspart wird. Weit gefehlt! Die schnelligen Herren bringen es fertig, statt 1713400 Mark 2637200 Mark, nahezu eine Million, mehr auszugeben, und infolge dessen ergiebt sich trotz der Mehreinnahme ein Fehlbetrag von über 490000 Mark, und es wird nichts anderes übrig bleiben, als diesen Posten auf diese oder jene Weise aus den Mitteln der Steuerzahler zu beroppen. Zur Einzelnen werden da geradezu beispiellose Rechnungen präsentiert: für „sächsische und vermischte Ausgaben“ sind im Etat 422500 Mark vorgesehen, verausgabt werden 914500 Mark, also über das Doppelte! Für Bauten waren 140000 Mark vorgesehen, verausgabt sind 350000 Mark, u. s. w. Das wird dann einfach damit motiviert, daß die Ausgaben „dringend notwendig waren“.

In Südwestafrika sollen nach dem Etat 7474000 Mark verausgabt werden, die Herren verausgabten aber in aller Gewissheit über 9764000 Mark und machen trotz des Bruches von 6909000 Mark, den die Steuerzahler blechen müssten, noch 1575299 Mark Defizit, das jetzt in dem Etat für 1902 zu bezahlen sein wird. Für den Platz an der Sonne, Kauai, hat nach dem Etat das Reich 9780000 Mark zu zahlen, weil die eigenen Einnahmen des „Dreckschlosses“ nur 260000 Mark betragen, dagegen die Ausgaben an 10000000 Mark. Das Gouvernement part lässig: an Löhnen und Besoldung 35700 Mark, an den Kosten der Hasenpolizei, dem Betrieb der Leuchttürme, der meteorologisch astronomischen Station usw. 13500 Mark; dafür werden aber für Bauten statt 1180000 2194000 Mark ausgegeben.

Das ist die schneidige Wirtschaftsführung unserer kolonialen Kolonialatoren! Welches Parlament der Welt, außer dem deutschen, fragen wir, würde sich etwas Aehnliches leisten lassen? Da wird im Reichstage gestritten um jeden einzelnen Posten, die Regierung vereinbart mit der Volksvertretung, was sie ausgeben darf, und hinterher wird von den Herren Kolonialbeamten einfach ein Strich durch die Rechnung gemacht, werden die Staats um die Hälfte, ja sogar um das Doppelte überschritten — mit Genehmigung der Regierung natürlich. Jedes andere Parlament würde eine derartige Verhöhnung mit den schärfsten Mitteln zurückweisen, im broden deutzen Reichstag dagegen wird sich die Rechtheit selbstverständlich wieder dufen und sich von dem Helden der großen Thrale, dem Gräbchenfänger, eine stolze Rede über das Gediehen der Kolonien halten lassen, woran dann die alleinig patriotischen Gefürsten über die hohen Sozialbewegungen herfallen werden. Das Ende vom Leide wird sein, daß diese Mehrheit, instinktiv des imperialistischen Zentralismus, den Kolonialaten bewilligen wird, kommt den zur Deckung des Defizits nötigen Summen. Zu nächst Jahren werden dazu die Herren in Afrika mit schändlicher Rücksichtiger Rücksichtiger übermals den Etat um Millionen überschreiten und sich über das Zwölftenjahr im Reichstag lachig machen. Und das Volk? Hat das Recht zu halten und Steuern zu zahlen — so lange es derartige Parlamente wählt.

**Wir marschieren!** Bei den Donnerstag vorgenommenen Stadtvordringenabstimmungen in Königsberg gewonnen wir noch drei Mandate, jedoch umso mehr unsere Partei darum sechs Sitzungen im Stadtparlament der alten preußischen Provinzstadt vertreten ist. — Auch bei den Stadtvordringenabstimmungen in Lübeck siegten unsere Parteigenossen mit sehr großer Mehrheit. Es erhielten die Genossen Scheller 756, Schmidt 738 und Haubensieger 705 Stimmen, während die drei gegenüberliegenden Kandidaten je 176 Stimmen erhielten. Damit ist die ganze dritte Abtheilung sozialdemokratisch vertreten. 9 Mandate gegen weiter 8 sind in weiteren Händen.

**Die Kommission für Arbeiterschutz ist noch nicht völlig bestellt, wie vielfach gesagt wurde.** Sie

ist erst erscheint noch immer die ursprünglich festgesetzte Summe von 39000 Mark. Im Jahre 1900 wurden von dieser Summe 35102,99 Mark gespart und in der Uebersicht der Reichsausgaben wird dazu bemerkt: „Die Kommission ist nur zu wenigen Sitzungen zusammengetreten.“ Im Jahre 1900 fand am 13. Juni eine Sitzung statt, in welcher der Bericht über die Erhebungen der in Gast- und Schankwirtschaften beschäftigten Personen festgestellt wurde, und in einer Sitzung am 28. November wurde der Bericht über die Sonntagsarbeit im Binnenschiffahrt-Betriebe vorläufig festgestellt. Dann wurde eine Eingabe der Fleischerhäuser entgegengenommen und ein Antrag hierzu berathen, betreffend Erhebungen über die Arbeitszeit der im Transportgewerbe beschäftigten Personen. Am 24. April d. J. fand abermals eine Sitzung statt, in welcher ein Fragebogen für die Erhebungen über die Arbeitszeit der in Kaufen beschäftigten Personen festgestellt und der Bericht über die Binnenschiffahrt entgültig angenommen wurde. Da aber der Kommission Mittheilungen über übermäßig lange Arbeitszeit des Personals der sächsischen Dampfer zugegangen und vorläufige Erhebungen durch die Dresdener Polizei diese Angaben völlig bestätigt hatten, so schloß der Bericht mit folgenden Worten: „Zugleich spricht sich die Kommission dahin aus, daß nach ihrer Ansicht noch zur Anstellung von Erhebungen über die Arbeitszeit an den Wochenenden ein dringendes Bedürfnis vorliege.“ Ferner wurde in der Sitzung ein Ausschuss gewählt, welcher einen Entwurf zu einem Fragebogen über die Erhebungen im Fleischergewerbe ausarbeiten sollte. Der im April gewählte Ausschuss wurde zum 29. November zu einer Sitzung zusammenberufen. Jetzt kann also die übliche Herstellung stattfinden. Diese ist nun zum 12. Dezember einberufen und soll den Fragebogen für die Erhebungen über das Fleischergewerbe endgültig feststellen. Ebenfalls ist der Kommission ein Schreiben des Staatssekretärs für das Reichsamt des Innern zugegangen, in welchem die Kommission aufgefordert wird, Erhebungen über die tägliche Arbeitszeit der im Binnenschiffahrtbetriebe beschäftigten Personen vorzunehmen. Auch darüber, welche Schritte hierin zu unternehmen sind, sollen Beschlüsse gefasst werden. Die Erhebungen über das Transportgewerbe scheinen ganz in Vergessenheit zu versunken, denn über diese steht nichts auf der Tagesordnung. Die Sitzungen nehmen immer mehr den Charakter bloßer Vorstandssitzungen an, schreibt der „Vortwärts“. Sie werden deshalb auch immer dann einberufen, wenn der Reichstag tagt. Kann es in der Kommission noch zu ausgedehnten Verhandlungen, dann würde diese Prozis nicht haltbar sein. Da man nicht wochenlang im Voraus wissen kann, wie die Geschäfte im Reichstage abgewickelt werden, so könnte es kommen, daß gerade wichtige Sitzungen des Reichstages mit den Kommissionssitzungen zusammenfallen. In der letzten Zeit sind es in der Regel so kurze Sitzungen gewesen, die den Mitgliedern keine große Sorge bereiteten. Zu verwundern ist es nur, daß oft um einstündige Sitzungen die vom Bundesrat ernannten süddeutschen Mitglieder, wie z. B. das badische Mitglied, wegen solch unbedeutender Sitzung die Reise von Karlsruhe nach Berlin machen müssten.

**Eine Ehrenrettung des von Bismarck in seinen „Gedenken und Erinnerungen“ sowie in dem jüngst veröffentlichten „Briefwechsel“ schwer angegriffenen Professor Geßlein unternehmen die beiden Söhne des Verstorbenen, die Herren Dr. Johannes Geßlein in Hamburg und Professor Heinrich Geßlein in Bresto. In einer Erklärung in der „Kreuzzeitung“ weisen sie die Bismarck'schen Beschuldigungen, daß Geßlein es mit den Jesuiten und der Zentrumspartei gehalten, daß er der Entwicklung des Reiches feindlich gegenüber gestanden, ein hanseatischer Partikularist oder gar Weise gewesen sei, entschieden zurück. Ihre Erklärung schließt:**

„Unser Vater war — wir wissen es wohl — kein Staatsmann nach dem großen Schluß der Reformation; er liebte die kleinen Ritter und das gehörnierte Weizen der alten Diplomatenschule. Das hat neben anderen, völlig edlen Motiven mitgewirkt, um ihn zu dem verhängnisvollen Schritte der Revolutionäre Erklärung des bekannten Tagebuches zu treiben. Wenn wir dies nunwieder anzuhören und wenn wir insbesondere die Publikation von Kaiser Friedrichs Tagebüchern wieder im Jahr 1888 gebilligt haben, so schenke ich Ihnen, so freudig wir doch jedem, selbst dem Größten und Herrlichsten, der auf Deutschlands Boden gewohnt, das Recht, unsern Vater und politischen Gegner nicht willkürlich der Geschichte als Reichsfeind zu überlassen.“

Die Herren Söhne würden dem Andenken ihres Vaters nicht gerecht und ihrem eigenen Ansehen nur genügt haben, wenn sie ihren Widerspruch gegen die Publikation von Kaiser Friedrichs Tagebuch für sich behalten hätten. Geßlein hat sich durch diese Publikation zwar den bitteren Haß Bischofes zugezogen, der dem großen Gelehrten und Politiker eine monatelange Untersuchungshaft eintrug, aber er hat sich auch damit in gewissen Beziehungen verdient gemacht.

**kleine politische Nachrichten.** Der Kaiser will keine Reaktionen äußern gewähren. Die „Dänische Tageszeitung“ wiederholt, daß man an der im Reiche verantwortlichen Stelle (also der Reichskanzler!) grundlegende Bedenken gegen Einführung der Tagesschlußregelung des bekannten Tagebuches zu treiben. Wenn wir dies nunwieder anzuhören und wenn wir insbesondere die Publikation von Kaiser Friedrichs Tagebüchern wieder im Jahr 1888 gebilligt haben, so schenke ich Ihnen, so freudig wir doch jedem, selbst dem Größten und Herrlichsten, der auf Deutschlands Boden gewohnt, das Recht, unsern Vater und politischen Gegner nicht willkürlich der Geschichte als Reichsfeind zu überlassen.“

Die Herren Söhne würden dem Andenken ihres Vaters nicht gerecht und ihrem eigenen Ansehen nur genügt haben, wenn sie ihren Widerspruch gegen die Publikation von Kaiser Friedrichs Tagebuch für sich behalten hätten. Geßlein hat sich durch diese Publikation zwar den bitteren Haß Bischofes zugezogen, der dem großen Gelehrten und Politiker eine monatelange Untersuchungshaft eintrug, aber er hat sich auch damit in gewissen Beziehungen verdient gemacht.

**Italien.** Unter Nation einzubringen werbe. Ein Einvernehmen mit dem Ministerpräsidenten wurde die Berathung dieser Interpellation auf Montag angezeigt. — In Smyrna wurde der österreichische Botschafter H. S. von einem Soldaten getötet. Der Sultan von Marofko rückte an der Spur von 40000 nach Rabat, wo weiter Truppen konzentriert sind. Die Eisernen unternehmen gemeinsam eine Strafexpedition gegen die Robben des Stammes Beni M'sara, die bekanntlich vor einigen Monaten zwei junge spanische Untertanen entführt hatten. — Wie dem „Bureau Neuter“ aus Bonn berichtet wird, sind in der Nähe von Sohaila in Yemen (Arabisch) in einem Gefecht neuen Stämme, die sich gegen eine übermäßige Besteuerung erhoben, 40 türkische Soldaten getötet worden.

#### Italien.

**Im dem Neapeler Militärbefreiungsschwindel** sind bisher über 30 Verhaftungen, darunter 2 Hauptleute, mehrere Unteroffiziere und ein Arzt, vorgenommen worden. Von 800 vom Militärdienst befreiten Personen haben die in die Affäre Verwickelten über zwei Millionen Lire erhalten.

**Zum Boykott der englischen Schiffahrt.** Die Geneser Arbeiter kammer votierte die Teilnahme an dem Boykott englischer Schiffe nicht als Signal, um einen Handelskrieg gegen England herauszubringen, sondern als einen Protest gegen die Schrecken des Transvaalzfeldzuges.

**Zu einem blutigen Renkontre zwischen Sozialisten und Republikanern** kam es, wie man dem „B. T.“ meldet, in Ravenna. Zwei Sozialisten wurden lebensgefährlich verwundet. Der Vorgang ist, nach dem betr. Blatte, angeblich bezeichnend für die unter dem Toleranzregime der gegenwärtigen Regierung steigende Entfernung der beiden bis vor Kurzem noch verbündeten Parteien.

#### Transvaal.

**Vom südafrikanischen Kriegsschauplatze.** Nach einer Meldung aus Durban griffen die Buren unter Dewet jüngst im Osten des Oranje-Freistaats einen Vorstoß der Kolonnen des Obersten Rimmington an, wurden aber angeblich mit Verlust von mehreren Todten, Verwundeten und Gefangenen zurückgeschlagen. — Gegenüber den in englischen Blättern aufgetauchten Gerüchten kann das „Neuersche Bureau“ versichern, daß in der letzten Zusammenkunft der Buren delegierten in Brüssel nicht die Rededavon gewesen ist, Borthaz zu beantragen, einen Waffenstillstand abzuschließen. — Soeben veröffentlicht das englische Kriegsamt die Monatslisten einschließlich November. Die englischen Gesamtverluste im Kriege betragen nach dieser Angabe: tot 893 Offiziere und 17456 Männer, vermisst werden 7 Offiziere, nach Hause gesandt wurden 521 Offiziere, als Invaliden sind später gestorben 7 Offiziere, nach Hause geschickt und als Invaliden entlassen 453 Mann. — Der Vertreter der „Köln. Btg.“ in Kapstadt meldet seinem Blatte, daß die dortige Befürchtung den Vertrieb der „Königlichen Zeitung“ in Südafrika verboten habe. Auch der Vertrieb der „Berliner Nat. Btg.“ wurde im gesamten Gebiet des Kriegsschauplatzes verboten.

#### Amerika.

**Maßnahmen gegen die Anarchisten,** wie sie Roosevelt angeregt hat, haben im amerikanischen Senat nun ihre Formulierung in Gesetzesvorstellungen erhalten. Die Senatoren Mc Co mas und Hoar befürworteten Donnerstag die von ihnen eingebrachten Anträge. Ersterer erklärte, die internationale Höflichkeit verlange ein Vorgehen von Seiten der Vereinigten Staaten, um zu verhindern, daß Verschwörungen gegen fremde Herrscher in den Vereinigten Staaten angezettelt würden. Hoars Antrag sieht Strafsestzeungen für Beleidigungen des Präsidenten und Botschaften der Union und der Hauptstädte fremder Staaten vor und verlangt eine Gefangenstrafe von 20 Jahren für Denjenigen, der zur Ermordung irgend eines Herrschers oder Staatsoberhauptes auffordert. Nach einer weiteren Meldung befürwortete Hoar die Anlage einer internationalen Anarchisten-Kolonie auf einer Insel auf Kosten der Regierungen!

#### Was ist und Wer?

**Neustrelitz.** Hunnenhatten von einem Divisionspfarrer bestätigt. Der Divisionspfarrer Schmidt hielt kürzlich in Neustrelitz einen Vortrag über seine Erlebnisse und Fahrten in China und Japan bei der ostasiatischen Expedition. Trotzdem nach seinen Ausführungen alles eitel Wonne war und Hunnenhatten angeblich nicht zu verzeihen gewesen sind, mußte er doch folgende, unserem Mecklenburger Parteidorgan entnommene Fälle selbst anführen. Er sagte: „In dem einen Fall handelt es sich um einen Soldaten, der einem chinesischen Händler einen Kasten mit Kupfermünzen im Werthe von vielleicht 3 Mill. fortgenommen (im gewöhnlichen Leben nennt man das gestohlen). D. Red.), aber sogleich wieder zurückbrachte. Die Anzeige war von dem Chinesen aber schon erstattet, der Soldat erhielt 6 Monate Festung und kam in die zweite Classe des Soldatenstandes. In einem anderen Falle handelte es sich um einen Gefreiten, der in angebrachtem Zustande mit seinem Revolver nach vorausgegangenem Wechsel einen Chinesen erschoss. Er wurde aus dem Heer ausgestoßen und erhielt 12 Jahre Zuchthaus. Der gemordete Chinesen sieht niemals mehr einen Jünger Attilas von der Seite an; der befohlene Händler wird aber seine eigenen Ansichten haben über diejenigen, welche zu ihm kommen, um angeblich Kultur zu verbreiten. Pfarrer Schmidt will aber die oben zitierten, von ihm selbst erzählten Fälle nicht mit Hunnenhatten bezeichnen.“ Was versteht er denn wohl unter dieser Bezeichnung?

**Einen tragischen Abschluß** hat, wie Berliner Zeitungen melden, das Liebesabenteuer eines Provinzlers aus dem Uferland gesunden. Ein Geschäftsmann aus einem kleinen Ort bei Preußisch Lauta, verheirathet und Vater mehrerer Kinder, hatte auf seinen Reisen nach Berlin die Bekanntschaft einer Kellnerin gemacht, der er sich als unverheirathet ausgegeben. Nachdem das Verhältnis eine Zeitlang gedauert, wünschte die Geliebte eine eheliche Verbindung. In den Briefen, die sie mit dem Manne wechselte, kam dies Verlangen immer dringender zum Ausdruck. Einer ihrer Briefe fiel durch einen Zufall in die Hände der nichts-

Interessierten ein und wurde der Berathung dieser Interpellation auf Montag beigelegt. — In Smyrna wurde der österreichische Botschafter H. S. von einem Soldaten getötet. Der Sultan von Marofko rückte an der Spur von 40000 nach Rabat, wo weiter Truppen konzentriert sind. Die Eisernen unternehmen gemeinsam eine Strafexpedition gegen die Robben des Stammes Beni M'sara, die bekanntlich vor einigen Monaten zwei junge spanische Untertanen entführt hatten. — Wie dem „Bureau Neuter“ aus Bonn berichtet wird, sind in der Nähe von Sohaila in Yemen (Arabisch) in einem Gefecht neuen Stämme, die sich gegen eine übermäßige Besteuerung erhoben, 40 türkische Soldaten getötet worden.

ahnenden Ehefrau. Diese fasste alsbald ihren Plan, um ihren wettbewerblichen Gatten gründlich zu kuriren. Sie schrieb an die heirathslustige Kellnerin einen freundlichen Brief, worin sie sich für die Schwester des vermeintlichen Bräutigams ausgab, und lud sie zum Besuch ein mit dem Versprechen, die Heirath nach Kräften fördern zu wollen. Hocherfreut traf die Berliner Schöne auch in dem kleinen Ort ein, wo die angebliche Schwester des Geliebten sie vom Bahnhof abholte. Zu Hause angelkommen, unterhielten sich die beiden Frauen auf angenehmste, während mehrere Kinder in der Stube spielten; der „Bräutigam“, so meinte die „Schwester“, würde bald erscheinen. Er kam auch ahnungslos an und war sprachlos vor Überraschung, als er seine Berliner Geliebte in schönster Eintracht mit seiner Frau vorsand. Diese aber sagte lächelnd zu den hoffnungsfreudigen Freunden: „Das ist mein Mann und dies sind unsere Kinder, so nun heirathet Euch!“ Über das Ende dieser Familienszene sei der Mantel der Liebe gedeckt.

**Chronik der Majestätsbeleidigung-Prozesse.** Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich am Mittwoch der Tischler Gustav Haen aus Wilhelmshöft vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts II in Berlin zu verantworten. Die Kinder des Angeklagten arbeiteten in ihrer schulfreien Zeit bei dem Arbeiter Thiele in Friedrichsberg, der sich mit Dütenleben beschäftigte. Ende Juli kam der Angeklagte eines Abends in die Thiele'sche Werkstatt, um seine Kinder abzuholen. Er war stark betrunken und wollte in diesem Zustande der Frau Thiele gegenüber den Liebenswürdigen spielen. Die Frau wies ihn mit der Bemerkung ab, daß er ja nicht einmal Soldat gewesen sei. Darauf reagierte der Angeklagte in einer Weise, die scharfe Beleidigungen des Kaisers enthielt. Als der Angeklagte später seine Kinder aus der Thiele'schen Werkstatt fortnahm, wurde er wegen der Majestätsbeleidigung angezeigt. In der Verhandlung vermochte sich der Angeklagte nur damit zu entschuldigen, daß er fast sinnlos betrunken gewesen sei. Der Gerichtshof nahm daher an, daß der Angeklagte gar nicht gewußt habe, was er sprach, am wenigsten habe er aber eine Ahnung davon gehabt, daß er den Kaiser beleidigt. Das Urteil lautete auf Freispruch. Doch 'mal ein verunstiges Urteil in einem Majestätsbeleidigung-Prozeß. — Wegen Majestätsbeleidigung gegen Kaiser und Großherzog wurde am Montag vor der Strafkammer in

Mainz hinter verschlossenen Thüren verhandelt. Der dieser „Verbrechen“ angeklagte 22jährige Maurer Karl Brezner aus Altheim wurde zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt.

Wie ein Schulrat sich überzeugen ließ, daß erzählt die „Altp. Ztg.“ in Elbing, wie folgt: Das Dorf K. des Kreises Goldap ist fast ganz von Zigeunern bewohnt, die im Stehlen, wie ihre anderen Stammesgenossen, Großartiges leisten. Besonders schwer heimgesucht von den Langfingeren wurde der heirathete Lehrer. Als er sich nicht mehr zu helfen wußte, bat er die Regierung zu Gunsten um Vergebung. Es erschien denn auch bald der Herr Schulrat zur Untersuchung, fand aber — nach seiner Ansicht — eine Vergebung nicht gerechtfertigt. Als nun der Herr Schulrat mit seinem draußen haltenden Fuhrwerk weiterfahren wollte, befahl er dem die ganze Zeit auf dem Bock herrenden Kutscher, die Decken ihm zu reichen, denn es war ein kalter Wintertag. Die Decken waren aber beim besten Willen nicht vorzufinden und von Zigeunern, trotz des Wache haltenden Kutschers, gestohlen worden. Hierauf sah der Schulrat die Beschwerde als begründet an, und wurde der Lehrer bald versezt. In seine Stelle rückte ein unverheiratheter Lehrer.

Aus einem höchst seltsamen Grunde ist, dem „Herborner Tagebl.“ zufolge, sämtlichen Arbeitern der Algeshütte bei Haiger, etwa 100 Mann, gefündigt worden. Zwei Awohner an der Verbindungsbaahn der Hütte mit dem Bahnhof hatten sich durch den Nachtbetrieb der Hüttenbaahn gestört gefühlt und dessen Einstellung durch Herbeiführung hoher Strafverfügungen veranlaßt. — Es ist durchaus zu verurtheilen, daß die Hütermalzung aus einem an sich so kleinlichen Grunde gleich 100 Arbeiter in das Elend der Arbeitslosigkeit gestoßen hat.

Willst du glücklich sein? Diese Frage beantwortet ein alter bretonischer Bauernspruch in folgender Weise:

Willst du einen Tag glücklich sein? — Betrink dich!

Willst du drei Tage glücklich sein? — Verheirathe dich!

Willst du acht Tage glücklich sein? — Schlachte dein Schwein!

Willst du dein ganzes Leben glücklich sein? — Werde Pfarrer!

Gerechtigkeit! Ein Güterfaktor, Namens Kegler, von der Groß-Speditionsfirma Jöhnen zu Düsseldorf, einer

Millionenfirma, bekam ein monatliches Gehalt von 75 M. und unterschlug durch Urkundensäufschung auf drei Frachtbriefen die Summe von 3,80 M. Das Geld zahlte der arme Teufel, als seine Handlung sich herausgestellt hatte, zurück, kam aber doch vor das Schwurgericht. Nach dem Schuldspruch der Geschworenen beantragte der Staatsanwalt 4 Wochen Gefängnis, das Schwurgericht nahm zwar mindernde Umstände an, doch verurtheilte es den armen Mann zu 4 Monaten Gefängnis!!

Ist heiße Kaffee ein gefährliches Werkzeug? Diese etwas seltsam klingende Frage sollte jüngst, wie man der „Frankl. Ztg.“ mittheilt, das Reichsgericht entscheiden. Unfalls dazu gab der § 223 a des Strafgesetzbuchs der die Körperverletzung in dem Falle härter bestraft, wenn sie „mittels einer Waffe, insbesondere eines Messers oder eines anderen gefährlichen Werkzeuges“ begangen ist. Im Laufe der Zeit hat nun die ausdehnende Gesetzauslegung des Reichsgerichts allerlei Dinge unter den Begriff des gefährlichen Werkzeuges gebracht, die der Sprachzusammenhang eigentlich kaum dahin rechnen würde; so ein Stiefelabsatz, wenn der Stiefelträger ihn zu Fußstoßen benutzt u. s. w. Das Reichsgericht erklärte eben, das Gesetzeswort „Waffe“ sei hier nicht im technischen Sinne gebracht. Dagegen ging es bisher nicht so weit, Vitriol zu den gefährlichen Werkzeugen zu rechnen, ebenso wenig einen auf Menschen gehetzten Hund. Vor Kurzem handelte es sich nun um folgenden Fall: Einem Ehemann — es war wohl nicht der „Eustige“ — wurde von seiner Gattin ein Tropf mit heißem Kaffee ins Gesicht geworfen; der Kaffee hatte das Gesicht verbrennt. Das Reichsgericht erklärte in seiner Entscheidung, es könne da hingestellt bleiben, ob der heiße Kaffee an sich als „gefährliches Werkzeug“ im Sinne des Gesetzes anzusehen sei; das gebrauchte Werkzeug sei nämlich hier der Tropf mit seinem Inhalt und ein Teil dieses Werkzeuges, nämlich der Inhalt, der heiße Kaffee, habe getroffen, was zur Anwendung der erwähnten schärferen Strafbestimmung genüge. Da hiernach der Kaffee als Teil eines gefährlichen Werkzeuges angesehen wurde, mußte die zärtliche Gattin an § 223 a glauben.

## Photographie!

Zum Weihnachtsfeste liefern in bester Ausführung:

### Familiengruppen,

**Kinder-Bilder u. s. w.**  
sowie Vergrößerungen, auch nach alten vergilbten Photographien billig.  
**Gebr. Coujad, photograph. Atelier,**  
Breitestr. 35, gegenüber der Markthalle.

## Puppen-

## Perrücken

dauerhaft und billig.  
**Hans Wulf, Balauerstraße 14.**

## Messerwaren

**\* Waffen \***  
optische Waaren  
fast mon ungerns  
billiger und billiger als bei  
**Diedrich Tesschau**  
Lübeck 27  
Breitestrasse 27

## Große Auswahl

Möbel, Spiegel u. Polsterwaren  
dauerhaft gearbeitet, billig  
**Paul Rehder's**  
Möbel-Magazin  
Hundestrasse No. 13.

## Wieder da!

Ein Posten der beliebten reinlein.

## Taschentücher

40% unter Preis.

## Carl Karstadt

Holstenstr. 20. Mühlenstr. 29.

## Lehrling gesucht zu Osteru.

H. Bentkien, Schlosser u. Mechaniker,  
Fackenburger Allee 53.

## Gewerkschafts-Kartell.

### Borsführung lebender Riesen-Photographien durch den Electro-Megalograph.

Aufreten von Specialitäten ersten Ranges  
am Montag den 9. December, Anfang Abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50/52.

Eintritt 20 Pf.  
Karten sind an den bekannten Stellen, sowie Abends an der Kasse zu haben.

## Berbaud. Bar-, Erd- u. gewerb. Hilfsarbeiter Deutschlands. Zahlstelle Lübeck.

### Einladung zum

## Weihnachts - Vergnügen

Verbunden mit Kinderbescheerung, Tombola und Ball  
am Donnerstag den 19. December 1901

im Vereinshaus, Johannisstrasse 50/52.

Anfang der Kinderbescheerung 5 Uhr, Anfang des Balles 7 Uhr.  
Ende Morgens. Eintritt 50 Pf., Damen frei.

### Das Comitee.

NB. Anmeldung der Kinderzahl ist Sonntag den 8. bis. bei dem Häusleßierer einzugeben, spätestens bis Dienstag den 10. bis 6 im Colloeo Mohrsen, Hartengraben 36/7, bis Abends 7 Uhr.

### Preisermäßigung.

Emser Salz, Glas 60 Pf.

Fenchelhonig, Glas 50 Pf.

Fleischsaft „Puro“ Glas 2,25 M.

Haematogen, Glas 1,50 M.

Leberthran, rein med., Pfd. 70 Pf.

Malzextrakt Löffl. Glas 80 Pf.

Pepsinwein, fl. 1,80 und 1,00 M.

Sodener Pastillen, Schachtel 70 Pf.

Tokayer, fl. 60 Pf. und 1 M.

Von größerer Abnahme 10 Proz. Rabatt.

F. W. Busch,

(vormals: St. Gertrud-Apotheke)

Lübeck, Roeststraße 5 b.

Etwas die Marktstände gestiegen, verkaufe ich meine Waaren noch zu den bisherigen billigen Preisen:

Junges u. settes Kindfleisch Pf. 40 Pf.

Schweinefleisch Pf. d. 65 Pf.

ff. Kalbfleisch Pf. d. 35 Pf.

Fr. gekochte Wettwurst und

Leberwurst 60 Pf.

ff. Braunschweiger Wurst und

Gülze 50 Pf.

W. Strohfeldt

Glockengießerstraße 73

Markthalenstand Nr. 13, 14 und 15.

NB. Sämtliche Waaren werden im hierigen

Schlachthaus geschlachtet.

### Geschäfts-Gründung.

Dem werthen Publikum von

Stockelsdorf u. Umgegend

zeige ich an, daß ich mit dem heutigen Tage eine

Schlachterei u. Wurstmacherei

eröffne.

Zudem ich gute, reelle Waare und höfliche Be-

dienung zusichere, zeichne

Hochachtend

Max Wilde.

Stockelsdorf, d. 7. Decbr. 1901.

Jeden Sonnabend von 5 Uhr an:

Warme Bierwürste und Knabwürste.

Lau'jen Rübenwurst,

sowie sämtl. Gewürze.

empfiehlt Johs. Prehn, straße 32

zum

## Benefiz - Ball

am Sonntag den 8. December

im Lokale des Herrn F. Frahm,

„Concordia-Garten“

liefert ergebnig ein

Anfang 5 Uhr.

Die Bedienung.

## Achtung! Schauerleute!

### Mitglieder- Versammlung

am Montag den 9. December

Abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52.

Tagess. Ordnung:

Indirekte Vereinsangelegenheiten.

Um zahlreiches Erscheinen erachtet

Der Vorstand

### Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde arzneilose Heitweise.

### Vortrag

des Herrn Dr. med. Schlüter

am Dienstag d. 10. Decbr.

Abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr

im grossen Casino-Saal,

Bedergtube

Thema: Das Jahr und seine Er-

krankungen.

Eintrittskarten sind im Verkauf

zu 30 Pf. in der Buchhandlung des

Herrn G. Weiland, Königstr. 72,

an der Abendfaire zu 50 Pf. zu haben.

Bereitsmitglieder und deren Ange-

hörige — § 3 a der Satzungen — haben

freien Eintritt.

### Deutscher Metallarbeiterverband

(Zahlstelle Lübeck)

### Mitglieder- Versammlung

am Sonnabend den 7. December

Tagess. Ordnung:

1. Indirekte Angelegenheiten.

2. Wahl der gesamten Ortsverwaltung.

3. Weihnachtsfeier.

Petroleumkocher in allen Sorten.

Billig! Emaillierte Kochgeschirre in tadeloser Qualität! Billig!

# Frankenthal & Co.

37 Breitestraße 37.

Lübeck.

21 Holstenstraße 21.

## Größnung unserer ganz bedeutend vergrößerten Weihnachts-Ausstellung

Kinder-Kochherde, reizende Neuheiten, Puppen-Küchen.

Große Auswahl passender Weihnachts-Geschenke.

Bei Einkäufen von Mk. 3 an erhält jeder Käufer eine elegante Weihnachtsgabe.

Man beachte unsere Schaufenster.

■ Nur bis zum 22. December d. J. Abends  
vollständiger Ausverkauf

wegen Fortzug und gänzlicher Aufgabe meines

Herren- und Knaben-  
Garderobengeschäfts

verkaufe ich sämtliche vorhandenen  
Herren- und Knaben-Anzüge, Winterpaletots,  
Beinkleider, Arbeitgarderoben, Hemde,  
Bukskin-Reste

■ bis zum 22. December d. J. Abends  
zu Schlender- und Auctionspreisen, wie hier am Platze  
noch nie geboten.

Um bis zum 22. December zu räumen, sollen die vorhandenen  
Waren zu Spottpreisen verkauft werden.

J. S. Kleve, 9 Untertrave 9  
bei der Großen Altesfahre.

Um Ihnen einen Beweis der vorzüglichen Qualität meiner

## Weihnachtskuchen

per Pfund nur 45 Pfsg.  
lassen, zu liefern, gebe ich ein großes Recht bei jedem halben Pfund Kaffee zu  
50 und 60 Pf. gratis.

J. Möller

Kaufhaus der Lebensmittelbranche  
Johannisstrasse 13.

Schirmfabrik  
von  
H. Stoppelman

40 Hürstraße 40

ausgeführt durch Fabrikat in  
Regen- u. Sonnenschirme,  
Kinder- u. Puppen-Schirme  
in grösster Farbenzahl, bekannt als solide und sober die  
billigsten, keine Zweit-Rasse.  
Nur eigenes Fabrikat  
Achten Sie bitte genau aufs Firmen  
und Nr. 40.



Neu! Eingetroffen! Neu!  
I grosse Parthe elegante moderne  
Shlipse und Gravatten

in jeder Facon u. Farbe, von den billigsten bis zu den  
feinsten Qualitäten.

Empfiehle große Auswahl in  
Herren-Wäsche, Kragen, Manschetten,  
Servietten, Glacee-, Krimmer- und  
Trico-Handschuhe.

Herren-Normal-Hemd 75 Pf. an.  
Herren-Normal-Hose 75 " "  
Herren-Normal-Trümpe 10 " "  
Herren-Hosenträger 35 " "  
Herren-Jagdwesten von Mk. 1,50 "

H. Stoppelman  
40 Hürstraße 40.